

Bezugspreis: Für den Monat Februar 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 200 M., für das übrige Ausland 400 M. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 15. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diözesan-Bankgesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile kostet 800 M. ...

Pariser Stimmen über Bonar Law.

Paris, 14. Februar. (WTB.) Zur Rede des englischen Premierministers Bonar Law schreibt das „Journal des Debats“: Wenn die Deutschen jetzt Wiberstand leisten, so geschieht es, weil sie sehen, daß ihre Gläubiger uneinig sind.

„Le Temps“ meint, Bonar Law habe die den Franzosen zugesprochenen Motive und die Folgen, die er von dem Ruhrunternehmen erwarte, schwarz gemalt. Die deutsche Propaganda werde aus diesen Erklärungen alle Arten von Ermutungen für den Reichskanzler Cuno und alle Arten von Kritik gegen Poincaré herleiten.

„Liberté“ schreibt, Bonar Law glaube, daß das Vorgehen Poincarés illusorisch sei. Poincaré sei dagegen überzeugt, daß das System Bonar Law schief sei. Bonar Law habe nur eine Ausgangslösung gezeigt: Das Ende der Entente.

Frankreich und die Kölner Zone.

Paris, 14. Februar. (WTB.) Die Agentur Havas teilt mit: Der Reichsminister Le Troquer ist in Begleitung des Generals Passot, des Direktors der Verbindungen in den besetzten Gebieten, des Direktors Javary der Eisenbahnen des Nordbezirks, des Generaldirektors der Eisenbahnen im Reichsministerium, du Cassel, und des Generalsekretärs des Obersten Rates der Eisenbahnen heute nachmittag um 3 1/2 Uhr von Paris nach London abgereist.

Englische Kabinettsitzung.

London, 14. Februar. (WTB.) Heute fand in Downingstreet eine Vollsitzung des Kabinetts statt, in der die Ruhr- und die Ostfrage zur Erörterung kamen. Zu der in der Presse viel beachteten Londoner Reise des französischen Ministers Le Troquer und des Generals Bayet wird gemeldet, daß die Haltung der britischen Regierung bezüglich des Transports von Kohlen nach Frankreich durch die Kölner Zone unverändert sei.

Die Gefangenen von Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 14. Februar. (WTB.) Die gestern von den Franzosen hier Verhafteten befinden sich in Recklinghausen. Von den verhafteten Polizeibeamten sind 31 Mann ins Gefängnis geworfen worden. Der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Polizeipräsident, der Reichsbankdirektor und der Polizeimajor wurden in einer gemeinsamen Zelle untergebracht.

Denken zur Verfügung gestellt, so daß sie gezwungen waren, in den Kleidern auf dem bloßen Fußboden zu schlafen. Einige der Polizeibeamten wurden auf dem Transport verwundet. Einem großen Teil der Beamten wurden weder die Schuhe noch die Strümpfe gelassen. Der größte Teil ist ohne Kopfbedeckung.

Zwischenfall in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 14. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Heute nachmittag kam auf dem Bahnhof in Gelsenkirchen ein französischer Leutnant aus Düsseldorf an. Er hielt sich eine Zeitlang in der Bahnhofsvorhalle auf und ging dann zu einer Straßenbahnstation, um die Bahn zu benutzen. Hieran wurde er von einer Menschenmenge, die ihn bereits von der Vorhalle des Bahnhofs aus verfolgte, gehindert.

WTB. meldet über den Vorfall folgendes: Ein neuer Zwischenfall ereignete sich heute nachmittag 4 Uhr, als ein französischer Offizier, der am Hauptbahnhof stand und sich provozierend benahm, mit der Straßenbahn in Richtung Bodrum fahren wollte. Die Volksmenge, die in dieser Stunde außerordentlich zahlreich war, verhinderte die Abfahrt, worauf der Offizier den Straßenbahnwagen verließ.

Eine neue Bluttat.

Köln, 14. Februar. (WTB.) Der Lokomotivpuffer Franz Eitgen vom Betriebsamt Düren wurde heute beim Ueberfahren des Bahnkörpers, zu dessen beiden Seiten er Eigentum hat, in der Nähe des Bahnhofes Düren von einem französischen Posten ohne erkennlichen Anlaß erschossen.

Köln, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der verantwortliche Redakteur der „Freien Presse“ in Aachen, die bekanntlich ebenso wie das Koblenzer Parteiorgan auf einen Monat verboten worden ist, Genosse Ernst Tischer, wurde am Dienstag mittag verhaftet, gefesselt abgeführt und aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Auch seine Familie wurde ausgewiesen; ihr wurde eine Frist von drei Tagen gewährt.

Die Milcheinfuhr für die Stadt Essen ist in den letzten Tagen sehr stark zurückgegangen. Während sie in den Vormonaten 25 000 Liter pro Tag betrug, wurden in den letzten Tagen nur 3000 Liter angeliefert.

Der passive Widerstand — unerträglich.

Essen, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Durch Zufall ist uns ein Brief eines französischen Offiziers, der in Essen stationiert ist und der an dessen Frau gerichtet war, in die Hände gefallen. In dem Brief heißt es u. a., es sei gar kein Gedanke daran, daß seine Frau nach Deutschland kommen könne. Er und seine Kameraden sehnten sich furchtbar nach der Ehe zurück. Dort sei die Bevölkerung doch ganz anders. Der passive Widerstand, der im Industriegebiet von Tag zu Tag zunehme, werde geradezu unerträglich. Kein Mensch verkehre mit ihnen, keiner würdige sie auch nur eines Blickes. Dazu käme die Sorge, was aus der ganzen Gegend werden solle. Große Sorge machten ihm auch die Mannschaften. Die Zustände seien, außerordentliche Reden würden laut, es ereigneten sich Fälle von Desertationen. Besonders viele Leute, die zu einer ständigen Übung eingezogen seien, murkten und erklärten, daß kein Gott sie halten könnte, daß sie nach Ablauf der Tage schnellstens wieder nach Frankreich zurückkehren würden. Die französischen Eisenbahner, die aus den furchtbaren Verhältnissen herausgerissen seien, murkten und ließen es auch an der nötigen Arbeitsfreudigkeit fehlen. Auch die belgischen Soldaten seien unzuverlässig; man hätte kürzlich zwei Regimenter austauschen müssen.

Wirtschaftliche Zuspitzung.

Dortmund, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Es hieße Selbstbetrug üben, wollten wir die Lage rosigger schildern als sie ist und Tatsachen zuungunsten der Franzosen bewußt aufbauen. Diese Methode wird leider in einem Teil der deutschen Presse beliebt, trotzdem die Erfahrungen mit dieser Taktik aus dem Kriege schreien sollten. Was hat es, um nur ein einziges Beispiel zu nennen, für einen Sinn, bei jeder Wiedergabe eines Zusammenstoßes mit den Franzosen auf dem Papier gleich Blut fließen zu lassen? Wir sind in der Auffassung, daß die wahrheitsgetreue Wiedergabe der Geschehnisse im Ruhrgebiet das unwürdige Verhalten der Franzosen und Belgier am besten kennzeichnet. Es liegt nur im Interesse unseres Abwehrkampfes, wenn sich die bürgerliche Presse, insbesondere die Berlins, diese Auffassung zu eigen machen würde, und es könnte nichts schaden, wenn die Regierung in diesem Sinne auf das halbamtliche Wolff-Bureau ihren Einfluß geltend machte.

Es entspricht lediglich der Wahrheit, wenn wir feststellen, daß sich die Situation von Tag zu Tag verschärft und daß sowohl Deutschland wie Frankreich unter dieser Verschärfung wirtschaftlich in gleichem Maße leiden. Neuerdings hat die Befragung die Ausfuhrsperrung auch auf Eisen- und Stahl-erzeugnisse ausgedehnt. Verschiedene Sendungen dieser Art sind bereits festgehalten, bisher jedoch noch nicht beschlagnahmt. Die Eisen- und Stahlindustrie lehnt es ebenfalls ab, um Genehmigung zur Ausfuhr ihrer Erzeugnisse in das unbefetzte Gebiet nachzusuchen und denkt zurzeit nicht daran, Ausfuhr-abgaben zu entrichten. Dieser Opfermangel, den die Arbeitererschaft tagtäglich in Dutzenden Fällen beweist, ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich im linksrheinisch besetzten Gebiet gegenwärtig ein starker Kohlenmangel bemerkbar macht. Der Eisenbahnverkehr stockt hier; eine ganze Zahl von Kohlen-Lastautos sind von der Befragung beschlagnahmt, so daß Betriebseinsparungen nicht ausgeschlossen sind. Der Regierungspräsident hat bisher bei der Befragung vergeblich versucht, hier Abhilfe zu schaffen.

Die so systematisch von den Franzosen zum eigenen Nachteil hervorgerufene wirtschaftliche Zuspitzung und die bereits entstehende Stimmung innerhalb gewisser Bevölkerungsteile hat am Dienstag leider zu Unruhen in Arefeld geführt. Es sollen hauptsächlich Erwerbslose gewesen sein, die sich hieran beteiligten und mit der Polizei zusammenstoßen sind. Die Regierung kann die Wiederholung derartiger Vorkommnisse verhindern, wenn sie die Not der Kernstädte nach besten Kräften durch finanzielle Unterstützung lindert. Für Arefeld speziell muß der Anteil des Reiches an den Notstandsarbeiten den Verhältnissen unbedingt schnellstens angepaßt werden. Im übrigen erscheint es angebracht, daß die preussische Regierung den ihr untergeordneten Instanzen im besetzten Gebiet sofort Anweisung zur Auszahlung der Zuschüsse für die Gehälter der Gemeindebeamten gibt.

Neuerdings ist für das alt- und neubefetzte Gebiet der Geheimrat Burghardt aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium zum Ernährungskommissar ernannt worden. Von seiner Energie und Entschlossenheit wird vieles von einem erfolgreichen Abschluß des Abwehrkampfes abhängen. Die in Aussicht genommene Wucherstelle in Dortmund, deren Wirkungskreis für das neubefetzte Gebiet bestimmt ist, kann dem Ernährungskommissar gute Hilfe leisten. Wir sind uns klar darüber, daß Burghardt eine schwierige Aufgabe übernommen hat. Die Verkehrsverhältnisse sind alles andere als glänzend. Die Beförderung von Lebensmitteln auf den Straßenbahnen und mit Autos macht Schwierigkeiten, aber sie können schließlich von einem Mann mit Entschlußkraft wenigstens teilweise überwunden werden. Von der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hängt das letzte Ende alles ab. Diese Aufgabe leitet auch die Franzosen. Deshalb ihre Taktik! Sie verhindern peinlich, die Lebensmittelzufuhr direkt zu unterbinden, aber ihre Maßnahmen lassen keinen Zweifel darüber, daß sie darau ausgehen, zum mindesten für die Versorgung mit dem täglichen Bedarf Schwierigkeiten zu machen. Nur ein Beispiel: Der Ernährungskommissar hat am Mittwoch versucht, den Bahnhof Hengsteyn wenigstens für die Milchzufuhr freizubekommen. Die Franzosen hatten die „Güter“, diesem Zweck zu dienen nachzukommen, als sie geflissentlich wollten, daß täglich drei Wagen mit Milch Hengsteyn passieren. Dieses Zugeständnis, das nicht einmal die Transportkosten lohnt, kennzeichnet die Absicht der französischen Militärverwaltung, hier entgegenzuwirken haben sich die Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Zunächst werden sie schon in den nächsten Tagen mit großangelegten Aufklärungsarbeiten beginnen.

Nach zuverlässigen Schätzungen sind insgesamt seit Beginn der Ruhrbefragung von den Franzosen und Belgiern 49 000 Tonnen Kohle und Koks abgeführt worden, und zwar nach Frankreich auf dem Landwege 21 000 Tonnen, darunter 17 000 Tonnen Koks, auf dem L. a. s. s. 16 000



Tonnen, darunter kein Koks, nach Belgien auf der Eisenbahn 6000 Tonnen, darunter 300 Tonnen Koks, auf dem Wasserwege 6000 Tonnen, darunter kein Koks. Dagegen wurden vor dem französischen Einmarsch auf Grund der Reparationsbedingungen insgesamt etwa 16 000 Tonnen täglich an Frankreich und Belgien geliefert, so daß die jetzt erzielte Kohlenmenge nur wenig gegenüber den früheren Lieferungen bedeutet.

## Die Markbesserung.

### Zur Stützungsaktion der Reichsbank.

Am 31. Januar erreichte der Dollar an der Berliner Börse den Rekord mit einer emulichen Notierung von 49 000. Genau 14 Tage darauf, am 14. Februar, ist er bis auf 23 500 gesunken. In einer Zeit der schärfsten Kraftanstrengung des deutschen Volkes, des größten Devisenbedarfs der Industrie und des Nahrungsmittelimports, erhöhte sich der Wert der Mark binnen zwei Wochen von einem Erlaufendstel auf ein Fünfeinhalbtausendstel seines Vorkriegswertes.

Die Reichsbank hat seit etwa 10 Tagen eine umfassende Stützungsaktion für die Mark unternommen, indem sie Devisen verkaufte und so der fortwährenden Abwärtsbewegung der Mark Einhalt gebot. Noch keine drei Monate sind es her, als die Sozialdemokratie mit verstärktem Nachdruck eine derartige Stützungsaktion für die Mark forderte und daß der Reichsbankdirektor Hasenhein für unmöglich erklärte, heute ist sie da. Und da nicht anzunehmen ist, daß Herr Hasenhein die Bestände der Reichsbank an fremden Wechseln den schönen Augen des Kabinetts Cuno opfert, wird man vermuten müssen, daß sie durch den Ausfall der Reparationszahlungen jetzt erhebliche Devisenbestände zu einer derartigen Verfügung freibekommen hat und daß sie für den Fall eines Rückschlages gesichert ist. So erfreulich das Vorgehen der Reichsbank ist, so sehr muß man sich doch fragen, welchen Grund sie früher für ihren Pessimismus gehabt hat und warum sie nicht schon der Kurssteigerung des Dollars mit entschiedenem Nachdruck entgegengetreten ist.

Die Preise sind mit dem Dollar sprunghaft in die Höhe gegangen und zögern jetzt mit dem Rückgang, der eintreten müßte, außerordentlich. Am Effektenmarkt ist bereits der Crash da. Erhebliche Rückgänge der Aktienkurse zeigen, daß auch hier das Spekulationsniveau endlich einmal die verdienten Einbußen erleidet. Aber die Preisentwicklung ist noch durchaus nicht eindeutig. Wohl haben sich bereits einige Rohstoffindustrien zu Preisabschlüssen herbeigelassen, so die Großindustrie, wohl haben sich auch die Preise des freien Marktes zugleich mit der Verbilligung der Einfuhren etwas gesenkt, aber von einem Rückgang der Lebenshaltungskosten ist recht wenig, fast gar nichts, zu spüren.

Dadurch, daß die Reichsbank den Versuch einer Stützung der Mark so verpöndet unternommen hat, hat sie eine große Schuld auf sich geladen. Die Schuld wird ihr nicht übermäßig angekreidet werden, wenn sich herausstellt, daß die Devisenbestände der Reichsbank groß genug sind, um nun auch den Dollar längere Zeit niedrig zu halten. Sollte aber die Kraft der Reichsbank bald nachlassen und der Dollar wieder steigen, so wäre mit der ganzen Aktion nicht mehr erreicht als eine große Vermittlung des Warenmarktes, der ohnehin schon im Zeichen von Abwärtstendenzen steht, eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit und ein Druck auf die Löhne der Arbeiter. Dann würde es sich bitter rächen, daß man nicht weitergehende Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark, wie sie seit langem von der Sozialdemokratie und neuerdings von den maßgebenden Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates gefordert werden, rechtzeitig getroffen hat. Es ist daher ein Gebot der Stunde, das Verbot mit größter Beschleunigung nach zu holen und mit der Schaffung von wertbefähigenden Anleihen sowie mit der Beschränkung der Devisenspekulation die sachlichen Vorbedingungen zur Stabilisierung der Mark zu schaffen.

## Die Erleichterung der Lohnsteuer.

Nach den vom Steuerauschuß des Reichstags am Mittwoch gefaßten Beschlüssen sind die Gehalts- und Lohnempfänger an sechs vollen Arbeitstagen im Februar von Steuerabzügen befreit. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, in Fällen, in denen es zur Angleichung an eine Lohnzahlungsperiode erforderlich ist, den Zeitraum anderweitig zu bestimmen. Die Abzüge von der Lohnsteuer sind ab 1. März 1923 wie folgt festgelegt:

Bei Monatsentlohnung:	Bei wöchentlichen Lohnzahlungen:
Für den Ehemann . . . 800 M.	Für den Ehemann . . . 192 M.
Für die Ehefrau . . . 800	Für die Ehefrau . . . 192
Für jedes Kind . . . 4000	Für jedes Kind . . . 960
Werbungskosten . . . 4000	Werbungskosten . . . 960

Die Neuregelung hat bei einem Arbeiter, der verheiratet ist, zwei Kinder und ein wöchentliches Einkommen von 50 000 M. hat, folgende Wirkung:

Wochenlohn . . . . .	50 000 M.
10 Proz. Steuer . . . . .	5 000
Von der Steuer kommen in Abzug 3 264	
Es sind also zu zahlen . . . . .	1 736 an Steuern.

Dies bedeutet gegenüber der bisherigen Steuerleistung aus dem gleichen Einkommen (5884 M.) eine Erleichterung um mehr als 2000 M. Die vom Steuerauschuß beschlossene Aenderung des § 46 des Einkommensteuergesetzes macht den Versuch, die Steuerabzüge der Geldentwertung wenigstens einigermaßen anzupassen und Steuerrecht bei den Lohn- und Gehaltsempfängern abzumildern. Schon vor Monaten hat die Sozialdemokratische Fraktion der Reichsregierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß etwas geschehen müsse. Auch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben die Reichsregierung mehr als einmal darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar und schleunigste Abhilfe nötig ist.

In einer kürzlich stattgefundenen Besprechung von Vertretern des ADGB und Mitgliedern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichsfinanzminister hat sich dieser zu einer Aenderung des bisher bestehenden Einkommensteuergesetzes bereit erklärt und eine entsprechende Vorlage angekündigt. Der nunmehr an den Steuerauschuß gelangte Entwurf sah eine Erhöhung der Abzüge um das Dreifache vor. Von der Sozialdemokratischen Fraktion wurde in den Verhandlungen darauf hingewiesen, daß diese Erhöhung des Steuerabzuges der Geldentwertung nicht Rechnung trägt. Sie beantragte, den Steuerabzug nach Maßgabe des § 46 auf das Vierfache zu erhöhen. Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich diesem Antrage an, nicht ohne daß von demokratischer und deutschnationaler Seite der Versuch gemacht wurde, die steuerfreien Arbeitstage im Februar zu beseitigen.

Die Milderung des Lohnsteuerrechts, wie sie die neubeschlossenen Aenderungen bringt, haben die Lohn- und Gehaltsempfänger der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags zu danken. Es ist zu hoffen, daß der Reichsrat den Beschlüssen des Steuerauschußes zustimmt.

## Bankgeheimnis und Steuerhinterziehung.

Das Gesetz zur Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuerangelegenheiten war Mittwoch Gegenstand der Beratungen des Steuerauschußes des Reichstags. Besonders eingehend wurden dabei die Maßnahmen betr. das Bankgeheimnis besprochen. Nach der Regierungsvorlage soll der § 189 der Reichsabgabenordnung gestrichen und die Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht geändert werden. Der § 189 der Reichsabgabenordnung schreibt vor, daß öffentliche und private Banken ihrem Finanzamt ein Verzeichnis ihrer Kunden einzureichen haben, das auch die im Laufe des Jahres erfolgten Zugänge enthalten muß. Gegen diese Bestimmung haben die Interessenten Sturm gelaufen und die Regierung hat dem Drängen teilweise nachgegeben. Der Reichswirtschaftsrat ging noch weiter und verlangte die vollständige Wiedereinführung des Bankgeheimnisses. Genosse Herz wies in der Sitzung des Steuerauschußes mit Nachdruck darauf hin, wie jede Einschränkung der Kontrolle durch die

Finanzämter besonders bedenklich sei und geradezu zur Steuerhinterziehung anregen müsse. Die Steuerbehörden müssen Gelegenheit haben, in jedem Augenblick einzugreifen. Die Einwände, daß die Aufhebung des Bankgeheimnisses den Steuerbehörden keinen Erfolg gebracht habe, werde durch die Begründung der Vorlage durch die Regierung selbst widerlegt, in der die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses als nicht unbedenklich bezeichnet wird. Der Sturm auf gegen den bisherigen Zustand habe seine Ursache darin, daß die Veranlagung zur Vermögenssteuer und zur Zwangsrente bevorzugen, deshalb sollte man auf gesetzlichem Wege die Steuerhinterziehung konstatieren. Die Sozialdemokraten müßten mit aller Entschiedenheit die Vorlage der Regierung ablehnen, nach viel mehr aber den vom Reichswirtschaftsrat eingenommenen Standpunkt. Sie verlangen die Auslegung der Steuerlisten, aus der dem ehrlichen Steuerzahler kein Raub zufließt.

Die Redner der bürgerlichen Parteien waren übereinstimmend der Meinung, daß die Aufhebung des Bankgeheimnisses unhaltbar sei und erklärten ihre Zustimmung zur Regierungsvorlage, durch welche das Recht der Kontrolle der Bankdepots teilweise preisgegeben wird. Bezeichnend für die Steuermoral der Besiegten war die Aeußerung des Abgeordneten Hefflerich, der erklärte, daß bei der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes die Vermögen eben anderweitig versteckt und dem Zugriff der Steuerbehörde entzogen würden.

In der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der Linken der § 18 der Reichsabgabenordnung gestrichen. Der sozialdemokratische Antrag auf öffentliche Auslegung der Steuerlisten verfiel der Ablehnung.

## Gegen die Reichsverderber.

In einer Verfügung des Ministers des Innern Gen. Seeger heißt es: Nachdem durch Verfügung vom 15. November 1922 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Preußen verboten worden ist, haben sich Vereinigungen unter dem Namen „Leibesgenossenschaft des baltischen Beobachters“ zusammengesetzt. Der in München erscheinende „Baltische Beobachter“ ist das Organ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Leibesgenossenschaften, die ihre Zusammenkünfte in der genannten Zeitung bekanntzugeben pflegen, setzen sich zum weitest überwiegenden Teil aus ehemaligen Mitgliedern der erwähnten Organisationen zusammen, sind also sachlich nichts anderes als die verbotene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unter dem Decknamen neuer Vereinigungen.

Die Ortspolizeibehörden haben gegen die Mitglieder solcher Vereinigungen und gegen die Teilnehmer an solchen Zusammenkünften gemäß § 19 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik Strafverfahren einzuleiten und künftig derartige Zusammenkünfte mit polizeilichen Maßnahmen zu verhindern.

## Priester und Marxist.

### Zum Tode Dr. Wilhelm Hohoff.

Der bekannte katholische Pfarrer Dr. Wilhelm Hohoff ist vor einigen Tagen in Daberborn, seiner Heimat, hochbetagt gestorben. Er ist bekannt geworden durch seine Auseinandersetzung mit Babel, die letzterer in der Schrift „Christentum und Sozialismus“ veröffentlicht hat. Hohoff war einer der hervorragendsten Marxkennner der Gegenwart und ein eifriger Verfechter der marxischen Theorien, die sich, seiner Meinung nach, mit den Gedankengängen des mittelalterlichen Theologen Thomas von Aquin nahezu decken. Er vertrat vor allen Dingen die Auffassung, daß ein überzeugter Katholik sehr wohl ein überzeugter Sozialist und ein Mitglied der freien Gewerkschaften sein könne. Diese Ueberzeugung, die in den Zeiten des Erzbischofs Ketteler und der anderen katholischen Sozialisten die landläufige war, brachte ihn in einen Gegensatz zur späteren Kirchenpolitik, die sich mit der kapitalistischen und agrarischen Wirtschaftsweise abgefunden hatte. Man sollte ihm zu, da er aber als fuernachiger Westfale nicht zu Kreuz kriechen wollte, zerbrach man das Tischgespräch zwischen dem katholischen Sozialisten und dem offiziellen Katholizismus. Im August 1922 wurde in einem Erlass des Generalkonsuls Daberborn das Verhalten Hohoffs der Sozialdemokratie gegenüber als „ärgerniserregend und verwirrend“ bezeichnet und

## Gefinnungstreue.

### Von Hermann Hieber.

Was I. Steiner-Sullivan an dieser Stelle über seine Erlebnisse bei Beginn des Weltkrieges aus Frankreich berichtet hat, erinnert mich an meine eigenen Erfahrungen in England. Es handelt sich zwar nicht um „Kriegsgefangen“, in meinem Falle, wohl aber um ebenso tüchtige und grundständige Beweise von internationaler Solidarität.

Die Wogen des Nationalismus gingen hoch in London. Wer als Angehöriger eines feindlichen Staates als „alien enemy“ auf der Insel zurückgeblieben war, mußte sich vorsetzen. Zwar hatte Churchill im Parlament versichert, „den hilflosen Fremden in unserer Mitte soll kein Haar gekrümmt werden“ und außer der Anmeldung bei der Polizei und Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf fünf Meilen vom Wohnort aus war den Deutschen, Österreichern und Ungarn im August noch keine Zumatung gestellt worden. Aber die Spionensucht, von der Kapitalistenpresse, namentlich der „Daily Mail“, diesen niederträchtigsten und struppellosesten aller Heißhüter, aufgepeitscht, verfolgte den Deutschen auf Schritt und Tritt. Niemand mochte auf die Grossmachtrichten aus Belgien hin einen „Sunnen“ mehr in seine Wohnung aufnehmen, niemand mehr mit ihm gesprächig zu tun haben. Es ist während des Krieges vorgenommen, daß bei einem hochbetagten Belgischen ehrenhafte und wohlgeborene Vork, als sie eine deutsche Hebräer an ihrem Tissegelchir entbeden, Teller und Schüsseln zertrümmerten wie Hausbuben und sich dann nach als nationale Helden vorstemen. Die bekannten „Rundberger Pfastersteine“ vermondelten sich plötzlich in „belgische Honigkuchen“ und was dergleichen Unsinns mehr ist: Kampf den Feindbundeswaren!

Heute kann man über so etwas lachen — auch über das Semendoch einer Fehrlit in einem Londoner Barori, daß die „Daily Mail“ als einen Standort für schwere Geschütze, von den Deutschen eigens angelegt, herauskabelte! Gleichseitig wurden aber Internierungslager aufgemacht, in denen die armen Teufel von Seeleuten verschwand, die man bei Kriegsausbruch von englischen Schiffen heruntergeholt hatte; ferner Kellner und Barbiers, die bei ihrer Verührung mit den verschleierten Bevölkerungsklassen als besonders spionageverdächtig angesehen wurden.

In dieser Zeit, Ende August 1914, als es schon langsam anfangt mifmifig zu werden und die schöne Versicherung des Right Honorable Winston Churchill vom Schutz der hilflosen um immer unwahrscheinlicher wurde, meldete ich mich eines Morgens mit meinem Dresdener Parteiausweis in der Kentish Town-Häule der British Socialist Party. Schon in der nächsten Versammlung, wenige Tage später, wurde ich ohne weiteres zugelassen. Ein Postbeamter in Uniform leitete die Versammlung und rief schließlich auch meinen Namen auf, teilte mit, daß ich mich als deutscher Parteigenosse zur Aufnahme gemeldet hätte und nahm mich, da kein Widerspruch sich erhob, in die englische Partei auf, dabei nachdrücklich betonend, daß ich genau mit derselben Herzlichkeit von ihnen willkommen geheißen wurde wie einer aus ihrer eigenen Nation. In dem nächsten Versammlungsort der Vorstadt John neben Engländern, Russen, Belgier, Standhändler mit Österreichern und Deutschen brüderlich zusammen. Fast in jeder Sitzung

erging die Aufforderung an die Versammelten, Bürgerschaft zu leisten für internierte Genossen feindlicher Staatsangehörigkeit. Und nie ist dieser Ruf ungehört verhallt. Neben den Engländern waren die tüchtigsten und eifrigsten Parteimitglieder die Russen; mit Petroff, der eine Zeitsche zur Frau hatte, und (später) zum Sowjetgesandten in England ernannt, aber von der Regierung ausgewiesen worden ist, und mit Tischitschewin bin ich damals zusammengelommen.

Erstaunlich für einen Deutschen war die Liberalität, mit der die Redebeiträge geliebt blieben. Bei den Sonntagsversammlungen unter freiem Himmel, auf Parkamen Hill und in Regents Park, hat stets die Polizei trotz schärfster antisozialistischer Ausschüsse die Rednertribüne gegen vaterländische Heißsporne beschützt, wenn die versuchten, unsere Redner anzufallen. Selbst Soldaten in Uniform haben im 1915 noch gegen den Krieg predigen hören. Wir Deutsche hatten natürlich in der Dessenlichkeit nichts zu melden; mit um so größerem Interesse haben wir den Gang der Ereignisse in der Presse und in den Parteiverfassungen verfolgt.

Später habe ich die „British Socialist Party“ aus den Augen verloren. Nach meiner Freilassung aus der ersten Internierung in der „Annapolis“ und in der Themsemündung auf dem Schiff „Royal Edward“ habe ich zwar noch meinen englischen Genossen über all die Scheuchlichkeiten jener Internierungslager, in die Kranke aus den Spitälern heraus und Geiseln von 70 Jahren geschleppt worden waren, Bericht erstattet. Aber nach dem Untergang der „Lustitia“ tauchte ich bis nach Ende des Krieges in einem nordenglischen Bauer und schließlich auf der Insel Mon unter, um von dort nach Deutschland abgehoben zu werden. Aber auch heute denke ich mit Dankbarkeit an die herzliche und echt kameradschaftliche Aufnahme zurück, die mir meine Genossen von der „British Socialist Party“ haben zuteil werden lassen.

### Konzert im Admiralspalast. Am Sonntag ließ Krasselt

von Mitgliedern der Kapelle des Deutschen Opernhauses unter Mitwirkung von Karl Braun ein feierliches Programm spielen. Der Dirigent ist als ausgezeichnete Musiker bekannt. Sein Programm hat erprobte Werte: Beethovens fünfte Sinfonie in C-Moll, das erschütternde Seetengemälde, das den Kampf des Menschen mit einem gewaltigen Schicksal malt, den Kampf, in dem zuerst im wechselnden Streich der musikalischen Themen der Mensch erliegt, bis er sich durchringt und sieghaft, allen Gewalten zum Trotz, sich erhebt. Die Ausführung war des Lobes wert: Man kann natürlich von einem Orchester, das den Orchesterbetrieb ausführt, nicht die Feinheiten verlangen, wie sie die Philharmoniker oder ein anderes, auf Sinfonische Musik mehr geschultes Orchester aufweisen. Aber der Eifer war groß, sogar monomachal zu groß, wenn die Kontrabässe, im Bestreben, recht viel Ton zu geben, in den bewegten Akzidenoten (des Thomas im dritten Satz) statt Klang mehr Geräusch produzierten, doch darüber zu rechten wäre verfehlt. Besser in seinem Element war man in den Glanzstücken aus den „Meisterjüngern“, die den zweiten Teil des Programms bildeten, den Vorspielen zum 1. und 3. Akt und zwei großen Gesangsstücken des Hans Sachs. Warum Krasselt aber dem ersten Horn erlaubte, in der großen Melodie („Wach auf, es naht der Tag“) eine neue Klängeinstellung vorzutragen, bleibt unüber-

ständlich. Wagner verstand das sehr gut, und so hat er mit Bedacht seine Prologvorzeichen und Verbindungsabgängen in der Partitur vermerkt. Warum davon abweichen? Im übrigen war sonst gerade dies Beispiel wunderlich gelungen, vor allem in den letzten Stellen der Hörner. Der Solist Braun war mir eine gewisse Enttäuschung nach den Eindrücken, die ich von der Bühne her von ihm empfangen habe. Der Riesensinn mangelt die feinere Beherrschung des Technischen; die Resonanz ist sehr weichend, so klingt einmal ein Ton herlich, der nächste, auf einem ihm ungenügenden Sprechlaut, völlig farblos; der grundmusikalische Vortrag und das dramatische Charakterisierungsvermögen müssen darüber trüben. Aber ob diese Stimme sich so noch lange in gleicher Größe und Ausdrucksfähigkeit erhalten wird? Ein Glück übrigens für das Publikum, daß Braun so deutlich ausspricht: Für 100 M. bekam man ein 6 Seiten enthaltendes Programm, das nur die fünf Nummern nannte, aber den sehr schwer fassbaren philosophischen Vorlauf der Gesänge nicht enthielt. Die Texte zu drucken ist eine Forderung, die immer wieder aufgestellt werden muß; nur dann kann der Hörer Genus und Verständnis haben. Wie hat gerade Wagner hierüber geäußert! Er verlangte ja, daß man vorher genau seine Dichtungen lese! Lieber etwas Gedicht nehmen oder die Musiknoten und Moderschriften länger halten! — Das zahlreiche Publikum spendete lebhaften Beifall. Dr. H. G.

Ein russisches wissenschaftliches Institut in Berlin. Am 17. findet die Eröffnung des Russischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin statt. Das Institut veranlaßt Hochschulkurse und öffentliche Vorlesungen. Geplant sind vorläufig drei Sektionen (Wissenschaften, Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft) und ein Zyklus von Vorlesungen über Fragen der russischen Landwirtschaft. Das Professorenkollegium besteht aus namhaften, zurzeit in Deutschland weilenden russischen Gelehrten. Von deutscher Seite gehört dem Gelehrtenausschuß des Instituts Prof. Hoetich als Vertreter der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas an.

Der „automatische Soldat“. Einem Vertreter von „Berlingote Abend“ hat der norwegische Ingenieur Alfson, der Erfinder der Handgranate, eine Unterredung gewährt über ein Projekt, mit dem er künftige Kriege zu vermeiden suchen will. Er will den Frieden sichern durch den „automatischen Soldaten“, d. h. die Absperrung eines jeden Landes durch ein unüberdringliches Minenfeld. Auf die Frage, wie man auf diese Weise Dänemark beschützen könne, erklärte der Ingenieur, man könne das Land durch ein Minenfeld an der deutsch-dänischen Grenze absperrern und in derselben Weise die ganze skandinavische Küste sichern; das würde genügen.

Trauer, Trost und Besinnung werden die Teilnehmer des Konzertes sein, das am kommenden Sonntag in der Bandelhalle des Reichstages zwischen der volleidenden Frauen- und Kinder- und Jugendabteilung stattfinden. Neben der Rede der Staatsrätin und dem Domchor haben namhafte Künstlerinnen und Künstler ihre Mitwirkung zugesagt. Reichs- und Bundesminister Dr. Winter wird in einer Ansprache auf die Bedeutung des Kulturabends und die Arbeit seiner Behörde hinweisen. Das Konzert beginnt pünktlich um 5 Uhr. Karten sind noch in beschränkter Zahl am Sonntag im Reichstag zu haben.

Im Volkspalast wird am 18. die Abendvorstellung sein.



# Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie

Eine Rede Sollmanns im Reichstag.

Die gestrige Sitzung des Reichstags eröffnete Präsident Lohde mit einem Nachruf auf den am Dienstag verstorbenen Abgeordneten Bogherr. Er hat dem Hause von 1903 bis 1908, dann von 1912 bis 1918 und jetzt wieder seit 1920 angehört. Er gehörte, so sagte der Präsident, zu den eifrigsten Mitgliedern des Hauses. Er hat auf kulturpolitischem und sozialpolitischem Gebiet mit Eifer sich den Aufgaben ergeben, die er für seine Partei als richtig erkannt hat. Gestern Abend noch weilte er im Hause; er hatte es frisch verlassen, und über Nacht hat der Tod sein erhebensreiches und arbeitsreiches Leben ausgelöscht. (Die Mitglieder hörten den Nachruf stehend an.)

Nach Erledigung einiger kleiner Anträge wird der 11. Reichstagsrat, der die Mittel für die Neuorganisation der Beamtenbesoldung anfordert, seine Debatte dem Haushaltsausschuß überweisen, und die Vorlage über die Änderung des Volkschulgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht, in zweiter Lesung erliegen.

Einmütig wird in allen drei Lesungen ein Antrag sämtlicher Parteien angenommen, die Unterstützungsträge der Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 auf das Urdache zu erhöhen. Dazu werden zwei Entschlüsse angenommen, die von der Reichsregierung die Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose spätestens ab 19. Februar in dem vom Sozialpolitischen Ausschuss beschlossenen, und von uns getrennt gemeldeten Ausmaß und die Ausarbeitung eines Schlüsselverfahrens fordern, das als Grundlage für die automatische Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung dienen soll.

Das Haus setzt dann die Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums fort.

Abg. Dr. Meises (Soz.) bespricht die Tätigkeit des Reichsbegnadigungsausschusses, der sich demnächst auch mit dem Fall Böck zu beschäftigen habe. Der vom früheren Reichsjustizminister Raddrich hergestellte Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sollte veröffentlicht werden. Daß immer noch

mit Recht von Klassenjustiz gesprochen

werden kann, hat niemand anders als der national-liberale Abgeordnete Dr. Heinze, der heutige Reichsjustizminister, zugegeben. Nach den Ausführungen des Ministers wird man wohl noch sehr lange auf die Reform des Strafvollzugs warten müssen, was vom Standpunkte des Arztes aus sehr zu bedauern ist. Wie bedenklich der bisherige Strafvollzug auf die Kriminalität wirkt, geht aus der unerschütterlichen und immer weiter steigenden Zahl der Rückfällen hervor. Ein Gebot der Menschlichkeit ist es, den unehelichen Kindern zu ihrem Menschenrecht zu verhelfen. Unmöglich muß es gemacht werden, daß Frauen im Justizhause niederkommen. Die Tragödie der schwangeren Frau im Gefängnis ist eine schwere Last gegen die heutige Gesellschaft. Für diese armen Opfer stellt sich nicht leicht ein bestundigungsrechendes Verbrechen ein, wie etwa bei der morphinistischen Gräfin Schlieben oder dem Junker Oltwig v. Hirschfeld. Der Minister sollte auch dem Strafvollzug in den Ländern sein Augenmerk zuwenden.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.) fordert dringend Maßnahmen gegen die Not der Anwälte.

Abg. Siebel (Soz.): Die Gehälter der Anwaltsangehörigen sind bis heute nur um das 20fache gegen die Friedenszeit gestiegen. Bureauverwalter beziehen Gehälter bis zu 40 000 M. Den Tarifgebern macht die Anwaltschaft nicht die geringste Konzession. Dieser Widerstand muß gebrochen werden.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärt, basierend auf eine Verbesserung der Anstellungsbedingungen des Bureaupersonals der Anwaltschaft, vor allen Dingen auf eine vertragliche Regelung, hingewirkt zu haben. Der Minister anerkennt die Reformbedürftigkeit des Strafvollzugs, befreit aber, daß wir darin gegenüber anderen Ländern im Rückstand sind.

Abg. Sollmann (Soz.) verlangt Reformen im Patentamt, das an Ueberbürdung leide und in dem

die republikanischen Beamten zurückgesetzt

und die monarchistischen offensichtlich begünstigt werden. Der Präsident des Patentamtes treibt eine Vorkammerwirtschaft.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärt, der Präsident des Patentamtes sei der wohlwollendste Vorgesetzte. Von Begünstigung seiner Beamten könne keine Rede sein. — Das Gehalt des Ministers sowie die Ausgaben und Einnahmen des Haushalts werden bemittelt.

Das Haus wendet sich dann der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern zu.

Abg. Dr. Schreiber (Fr.): Wir weisen einen Zentralismus und Antikarismus zurück, der die Landesregierungen als überflüssig abschleichen möchte. Auf den großen Gebieten der Heimatkultur und der künstlerischen Stammeskultur hat auch der national-liberale Föderalismus seine Lebenskraft gefunden. Frankreich ist sich, wenn es glaubt, in Baden eine Redaktionslinie aufzurichten zu können. Aber die Gliedstaaten müssen sich auch dagegen wehren, daß der föderalistische Gedanke zum Deckmantel nationalstaatlicher Bestrebungen mißbraucht wird.

Die bayerische Regierung sollte sehr schnell den Trennungsgleich zwischen sich und Elfter stehen.

Von einer Verwaltungsreform ist nicht zu reden, solange nicht eine Reform der Dollarwährung erfolgt ist. Denn am Anfang aller Verwaltungsreformen steht Geld und immer wieder Geld. Das Wanken der Papiermark bedeutet auch wissenschaftliche Not und, wenn die Währungsnot noch länger anhält, auch wissenschaftlichen Tod. Für das besetzte Gebiet darf es nicht nur eine Ruhrhilfe geben, es bedarf dringend einer Rhein- und Ruhrhilfe. Ein juristischer Mißbrauch der deutschen Reich wird im Rheinland getrieben. Die Franzosen unterstützen die legalen Schwächen zu politischen Zwecken. Die Gelder dafür müssen von uns aufgebracht werden, so daß es sich hier um einen doppelten Mißbrauch der deutschen Reich handelt. Das Ministerium des Innern muß zu seinem Teil dazu mitwirken, daß das heilige Feuer der Vaterlandsliebe in Deutschland nicht erlischt.

Abg. Sollmann (Soz.):

Die Angriffe des Zentrumredakteurs Dr. Schreiber auf die Justizkommission bei der schändlichen Posten sind unehrenhaft. Diese Kommission haben die Tüchtigkeit, Konflikte durch Vermittlung zu verhandeln. Wenn die bayerische Regierung diese Einrichtung getroffen hat, so ist das ein Fortschritt, kein Rückschritt. In kulturpolitischen Fragen, die das Reichsministerium zu behandeln hat, sind wir für Deutschland nicht nur gegenüber den religiösen Gemeindefürsorge, sondern auch für die deutsche Kultur gegenüber den Organisationen, die sich abseits von Kirche und überlieferter Religion gestellt haben. Wir wünschen für alle Teile

nur Recht, keine Vorrechte; Tolozanz, nicht Unterdrückung.

Religionskriege können wir in der jetzigen Lage Deutschlands nicht brauchen. (Beifalls Zustimmung.) Es ist richtig, daß in Deutschland viele Kulturzentren außerhalb der Reichshauptstadt liegen. Das Reichsministerium wird die Eigenart der Länder zu achten haben. Andererseits aber haben auch die Länder in das Reich sich einzufügen. Das Thema: Deutsche Hochschule und neuer deutscher Geist ist eines der schwersten. Es ist verhängnisvoll, daß sich die Hochschulen geistig in einem starken Gegensatz zu unserer Reichs- und Landesverwaltung befinden. (Zustimmung.) Auch alle diejenigen verrichten ein Herosentum, die die Gegensätze vertiefen. Die Republik muß die Hochschule geistig und moralisch zu erheben suchen. (Sehr richtig! links.) Wir beklagen die Kluft zwischen Studenten und Arbeitern. Die Vorurteile und Mißverständnisse müssen hinweggeräumt werden. Deutsche Wissenschaft und deutsche Arbeit gehören zusammen. (Beif. Zustimmung.) Große Teile unserer Studentenschaft erwerben sich ihr Wissen hungrig, frierend und hart arbeitend. Viele Häuser leeren sich, weil Eltern und Studenten die Studienkosten nicht mehr aufbringen können. Zahlreiche Studenten arbeiten nicht nur in den Ferien als Werkstudenten, sondern verdienen sich auch während des Semesters als Schuhmacher, Buchbinder, an der Schreibmaschine, an der Hobelbank, in der Küche ihr kümmerliches Brot. Wir müssen verhindern, daß diese sozial rasch deklassierten Schichten in die Hände von politischen und sozialen Scharlatanen fallen.

Es ist kein Ruhm für die deutschen Hochschullehrer, daß so viele Studenten der arbeitslosen nationalen Agitation unterliegen konnten.

(Beif. Zustimmung links.) Was geschehen kann, um der republikanischen Staatsform auf den Hochschulen Boden zu verschaffen, findet unsere Unterstützung. Wir erwarten, daß das Reichsministerium sich bemüht, eine Rotgenossenschaft der Kunst zu bilden. (Zustimmung.) Es ist eine der traurigsten Erscheinungen unserer hochkulturellen Kultur, daß alle Kunst, als Gekochtes, Gewinn aufhäuft wie nie, während die wirkliche Kunst mit keinem Sinn und prophetischem Bilde verhungert und verflümmert. (Beif. Zustimmung.) Das Reich muß hier helfen, so gut es geht und muß auch private Hilfsquellen zu erschließen suchen. Das gleiche gilt für die Erhaltung und Förderung der Handwerkskunst. Man sollte ferner versuchen, die Jugend vor Kitzeln und zeitigen Berufsaufstellungen, vor Glücksspielen, vor Automatenhallen zu bewahren. Wenn das Reichsministerium auf diesem Gebiete gezielte Vorstöße zu machen hat, werden wir sie prüfen. Allerdings darf unter keinen Umständen wirkliche Kunst getroffen werden. (Beifall.) Als das Gesetz zum Schutz der Republik verabschiedet wurde, befürchtete man bei den Rechtsparteien Hege gegen nicht republikanisch gesinnte Beamte. Von solcher Hege haben wir bisher nichts gemerkt. Immer noch sind republikanische Beamte vielfach mehr bedroht als monarchistische. (Beif. Zustimmung links.)

Wir wollen keine Gefinnungsschnitzerei, aber Achtung vor der Republik und ihren Symbolen.

Wer die Schwarzrotgoldene Fahne, die das alte Reichspanier ist, die auf Barrikaden geklettert und die Leihname unserer Freiheitskämpfer gedeckt hat, beschimpft, ist ein Lüge und nicht wert, deutscher Beamter zu sein. (Starke Zustimmung links.) Das Reichsministerium des Innern als Zentralbüro der ganzen Reichsverwaltung hat den Reichsgeldnoten und die Einheit des Reichs zu pflegen. Mit vorbildlichem Takte waltet auf diesem Gebiete der Reichspräsident seines Amtes. Wenn das Reich in Gefahr ist wie jetzt, brauchen wir einen starken zwingenden Fiskus am das Föderationsgebilde unseres Reiches. Es ist keine Zeit für parlamentarische Eigenbedenken. Diejenigen, die vielen deutschen Beamten, Lehrern, Erziehern, geistigen Arbeitern den deutschen Fraßhaas verketen, sind die wahren Reichsfeinde. Wer jetzt mit Bewunderung von den proletarischen Kämpfern an der Ruhr spricht, der singt damit zugleich ein Loblied auf die deutsche Republik.

die sich unblutige Vorbeeren erwirkt, die niemals vermessen werden, wie der Kampf auch ausgehen wird. Reinen Sie (nach rechts), dieser Kampf sei möglich in einem Staat mit dem Dreifachwechselrecht, in Gemeinden, in Kreisen, wo eine vollstreckende Bureokratie die Waffen von der Verwaltung ferngehalten hat wie früher? Hat wohl die Massen das Bewußtsein haben, ein wichtiger Teil dieses Staates zu sein, führen sie den Kampf mit diesem Schein. (Beif. Zustimmung links.) Die Massen verlieren dafür keinen Dank und keine Hebelange, aber es ist klar, daß ihr Einfluß in der Politik, in der Wirtschaft, in der Verwaltung Deutschlands so sein muß, wie es den Reiter des Reiches gebührt. Im Westen soll der gemeinliche Geh aus der Verfassungsurkunde von Weimar Geltung behalten: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Vom deutschen Volke, nicht von den Generälen Frankreichs. Das Wort sie sollen lassen stahn! Dieses Wort gilt nicht nur für den französischen Militarismus, sondern auch für alle diejenigen in Deutschland, die dem Volke die Staatsgewalt wieder entreißen möchten. (Beif. Zustimmung.)

Wir fordern, daß das Reichsministerium in sozialen und demokratischen Geiste geführt wird. Die Gefahr für das Reich ist groß, aber wir trauen dem Hildertinchen Wort, wo die Gefahr groß ist, die Rettung wächst. Wir stehen nicht am Grabe der deutschen Nation. Das Reich mag vorübergehend erschüttert werden, unüberwindlich ist der Staatsbildende Wille der ganzen deutschen Jugend, die auf deutschem Boden lebt und von deutscher Kultur geformt wird. (Beif. Zustimmung.) Dieser soziale und demokratische Wille wird alle Widerstände besiegen. Gerade wir Sozialdemokraten müssen eine gewisse Stärkung des Nationalgeistes wünschen, weil in einem national geklärten Volk der Klassenkampf geschwächt und an seiner rein sozialen und zweckmäßigen Auswirkung gehindert wird. Die innere Politik der deutschen Republik soll der Kräftigung aller wirtschaftlich und kulturell aufbauenden und dem demokratischen Staate dienenden Elemente dienen. Unsere Lage als deutscher Staat mag manche trübsal erscheinen. Die Sozialdemokratie aber als ein Glied der sozialistischen Internationalen verliert nicht den Glauben an den deutschen Menschen, vor allem an die deutsche Jugend. Dieser Glaube an die deutsche Zukunft läßt uns trotz allem froh sein:

Untröstlich ist's noch allerwärts,  
Doch sah ich manches Auge fließen  
Und Kopfen hör' ich manches Herz.

(Beif. Zustimmung links.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Weiterberatung). — Schluß 6 Uhr.

Im Begehrungsfall wird das Lokal geräumt. Erforderlichenfalls wird Gewalt angewandt.

3. Den allierten Militär- und Zivilpersonen wird das Recht eingeräumt, in allen dem Publikum geöffneten Geschäften zu kaufen, was sie nötig haben. Falls die Geschäftsinhaber den Verkauf verweigern, werden die Geschäfte geschlossen. Erforderlichenfalls wird Gewalt angewandt.

Die Antwort auf das Schreiben des Generals Fournier ist bereits fertiggestellt und wird im Laufe des Tages dem General zugestellt werden. Darin wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Franzosen als Eindringlinge betrachtet werden und daß die Erregung der Bevölkerung über das Verhalten der Franzosen berechtigt sei. Eine Verantwortung der Behörden für die

Maßnahmen der Bevölkerung, die diese zum Selbstschutz spontan ergreift, könne unmöglich übernommen werden.

Französische Propaganda.

Koblenz, 14. Februar. (WZ.) Hier werden von den Franzosen an Kinderdarmmittelte Speisen verabfolgt, ebenso Kekse aus dem besetzten Gebiet. Die Empfänger müssen einen Rezept unterschreiben, dessen Kopf auf die Französisch-Rheinische Republik lautet. Ebenso wird im Bezirk Trier von den Landwirten, die Vorpostendienste von den Belegungstruppen benutzen wollen, die Unterschrift unter gleichen Rezepten verlangt. In Ludwigshafen ist ein Werbebüro durch die Belegungstruppen eingerichtet worden, das hauptsächlich für die Redungen von Tisch-Bohrern und Saarbewohnern bestimmt ist.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.

Gewaltmaßnahmen gegen die Boykottbewegung.

Essen, 14. Februar. (WZ.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.

2. Den allierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Einweisung der Bäume ist eine durch Frankreich und Belgien

Borochen erzwungene Politik und s m a k n a d m e, die aufzuheben werden wird, wenn und inwieweit die Verhältnisse es erlauben.

Gleichlautende Erklärungen erhielten die belgische und die polnische Besatzmacht.



# Gewerkschaftsbewegung

## Hilfe für Poincaré.

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter wendet sich in einem neuen Aufruf an die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und an den Vorstand des Verbandes, mit ihnen eine gemeinsame Front zum Kampf gegen den internationalen Kapitalismus herzustellen. Sie will zunächst für das Ruhrgebiet einen Generalfreistreich der Bergarbeiter im Anschluß an den Streik der Saarbergleute. Die kommunistische Presse hat den Kampf der Bergleute an der Saar schon von seinem Ausbruch als ein Mandat bezeichnet, welches nur gemacht werde, um den Franzosen Schwierigkeiten zu bereiten. So schreiben „Ruhr-Echo“ und „Westfälische Arbeiterzeitung“ am 5. Februar, die Meldung von dem bevorstehenden Saarstreik weise darauf hin,

„daß man diesen Streik als Mittel zur Verschärfung der französischen Kohlenkriegsaktionen benutzen will, um so eine bessere Basis für die Verständigung mit der französischen Regierung zu gewinnen. Zentrum und Sozialdemokratie, welche nicht ganz ohne Einfluß auf diesen Streik sein dürfen, werden das alte, morische Schicksal der Erfüllungspolitik wieder bestreiten, da der kleine Wikingen Cuno kein nationales Kampfschiff mit hörbarem Ruder auf den Grund steuernde.“

In derselben Nummer brachten die beiden Blätter die Mitteilung aus Saarbrücken, daß die Regierungskommission im Saargebiet, um den Streik abzuwenden, drei Frank Zulage pro Schicht zugesagt habe. (Die Forderung der Bergarbeiter betrug fünf Frank sofort und weitere zwei Frank ab 1. März.) Diese Mitteilung verhalten die beiden Blätter mit der häßlichen Bemerkung: „Wißt trotz Bewilligung der Forderung Streik. Diese Meldung bestätigt unsere Auffassung, daß der Saarstreik als wirtschaftlicher Fankenstein gegen die Ruhrpolitik der Franzosen gedacht und gemacht wird.“

Diese kommunistische Behandlung des Streiks der Saarbergleute ist eine ungeheure Unverschämtheit. Seit Monaten leiden die Saarbergleute unter den abgebauten Löhnen und der wachsenden Teuerung. Seit Monaten mühen sie sich um Verhandlungen und Besserung der Verhältnisse, und hier lügen die Kommunistenblätter das Angebot von drei Frank in eine Bewilligung der Forderung um. Schon daraus sieht man, was von diesen Leuten zu halten ist. Die Verdächtigung der Bergarbeiterverbände den Franzosen gegenüber ist ein Kapitel für sich. Wir haben dazu nur festzustellen, daß die Saarbergleute ihre Lohnbewegung selbstständig eingeleitet und selbst darüber entschieden haben. Dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, Husemann, war es nicht einmal möglich, Einreiseerlaubnis in das Saargebiet zu bekommen.

Und nun fordert die Union die Bergarbeiterschaft in dem neuen Aufruf, gemeinsam mit der Bergarbeiterschaft des Saargebietes auch im Ruhrgebiet den Generalfreistreich zu erklären. Dieser Generalfreistreich soll zum Ziel haben neben der Sechsstundenarbeit, der Befestigung des Steuerabzuges vom Lohn, einer Übererwerbssumme von 100 000 M. ufm. auch den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen von der Ruhr.

Generalfreistreich im Ruhrgebiet bedeutet Massen auf die Straßen bringen, das bedeutet die Gefahr eines großen Durcheinanders im Gebiet und bedeutet ganz sicherlich eine gewaltige Erschwerung der Lebenshaltung der Bevölkerung, eine unbeschreibliche Vermehrung der Nahrungsmittel für das ganze Gebiet. Wer eine solche Politik befürwortet, wie es die Union tut, arbeitet direkt den Franzosen in die Hände. Er könnte es nicht besser machen, wenn er im Einverständnis mit ihnen handelte!

## Die Sorgen der Postverwaltung.

Das schaffende Volk ist voller Sorgen um die Gestaltung der Dinge im Westen, und jeder legt das größte Gewicht darauf, daß dem französischen Militarismus eine Einheitsfront der Arbeiter- und Beamtenchaft entgegengestellt wird. Die deutsche Postverwaltung hat andere Sorgen: für sie kommt es scheinbar darauf an, die Beamten untereinander zu verheizen. So ist die Postverwaltung in dieser ersten Zeit auf der Suche nach Beamten, die gewillt sind, zu Verrätern an ihren Arbeitskameraden zu werden und sich schon jetzt in die von der Postverwaltung geplante Technische Rothilfe einfließen zu lassen. Jedes Postamt ist vom Reichspostministerium angewiesen, für sich vorzugehen. Das Postamt W. 9 z. B. richtet an die „Treuegebenen“ folgenden Aufruf:

### Zum Aushang.

betr. Rotbetrieb.

„Alle deutschen Regierungen in einmütigem Zusammenwirken mit dem ganzen Volk, insbesondere mit der gesamten Beamten- und Arbeiterchaft, stehen Schulter an Schulter in Abwehrstellung gegen den äußeren Feind, der uns im „Frieden“ brutal überfallen hat. In solch ernster Zeit an einen Streik der Reichsbeamten zu denken, erscheint eigentlich so unendlich, als laßt alle Spitzenorganisationen der Beamenschaft den Streik als Kampfmittel für Beamte abgelehnt haben.“

Trotzdem soll auf höhere Anordnung hin für alle Fälle im Einvernehmen mit der arbeitsbereiten Beamenschaft vorgesorgt werden, daß bei einer etwaigen Arbeitsniederlegung die lebensnotwendigen Betriebszweige des Post- und Telegraphendienstes aufrechterhalten werden können.

Um diesen Rotbetrieb vorbereiten zu können, soll zunächst das arbeitswillige Personal zahlenmäßig ermittelt werden. Rund 70 (?) Meldungen von Beamten aller Gruppen unseres Postamts liegen bereits auf eine erste mündlich gehaltene Umfrage hier vor, es soll jetzt aber allgemein und öffentlich zur Meldung aufgefordert werden.

Jeder Beamte, der den Streik nicht für das geeignete Kampfmittel zur Durchsetzung von Wünschen der Reichsbeamten hält und der Mut genug hat, sich zu dieser Ueberzeugung zu bekennen und seinen Dienst zu tun, auch wenn von einer anderen denkenden Rinderheit zum Streik aufgefordert werden sollte, wolle sich bis Montag, den 19. Februar, bei seinem Stellenvorsteher oder bei einem der Vertrauensmänner der arbeitsbereiten Beamten melden. Als solche haben sich zur Verfügung gestellt:

Wer aus bestimmten Gründen nicht wünscht, daß sein Name bekannt wird, kann dies dem Vertrauensmann erklären. Der Amtsleitung kommt es nur darauf an, die Zahl der arbeitsbereiten Beamten zu kennen.

Für Verpflegung und Unterkunft wird während des Rotbetriebes gesorgt, falls Uebernachtung und Verpflegung im eigenen Heim wegen Verkehrsstopps nicht möglich sein sollte. Auch erhält jeder Rotbetreiber sonstige Mehrausgaben vergütet.“

Der Augenblick wo Postbeamte mit Einsetzung ihrer ganzen Existenz sich durch Arbeitsverweigerung gegen fremde Verwaltungen wehren, ist wirklich besonders glücklich gewählt für ein etwaiges Vorgehen. Kommt es denn der Reichspostverwaltung nicht in den Sinn, daß sie mit ihrem Vorgehen diese Abwehr sabotiert?!

## Schiedsspruch in der Metallindustrie.

Nach langwierigen Beratungen im Reichsarbeitsministerium im Konflikt in der Metallindustrie wurde schließlich ein Schiedsspruch gefällt. Danach beträgt der Stundenlohn in Klasse I ohne Frauen- und Kinderzulage 1100 M. Die Abstufung der anderen Klassen erfolgt nach den bisherigen Prozentsätzen. Die Abfordrungen werden nach den Löhnen der Zeitlohnarbeiter umgerechnet. Nähere Mitteilungen erfolgen in der Funktionärerversammlung. (Siehe Inserat.)

## Lohnkampf der Musiker.

Die Berliner Musikerschaft hat sich zum Abwehrkampf gegen die vom Arbeitgeberverband im Gastwirtsgewerbe geplante völlige Rechtslosmachung der Musiker zusammengesunden. In einer von circa 2000 Musikern besuchten öffentlichen Versammlung am Sonnabend wurde nach vorausgegangener gebührender Brandmarfung der Absichten der Unternehmer folgende Entschliesung einstimmig angenommen:

Die am Sonnabend, den 10. Februar 1923, in den Musikerkäfen tagende öffentliche Musikersammlung protestiert auf das schärfste gegen die von den Unternehmern im Gastwirtsgewerbe ohne jede Mitwirkung der Musikersvertreter ganz einseitig festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Versammlung erklärt, daß solche Festsetzungen sich durchaus als ein Verstoß gegen die guten Sitten, gegen Recht und Geseh erweisen und allein deshalb schon niemals als bindend für die Musiker anerkannt werden können.

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Unternehmer es wagen, den Musikern einen „Abkchreiben“ in die Hand zu drücken, um damit die Musiker unter die Gesehordnung zu stellen.

Die Versammlung erkennt an, daß einem solchen Unternehmertum gegenüber nur eine restlos geschlossen zusammenstehende Musikerschaft ein Paroli bieten kann. Die Versammelten bekennen sich zu solcher Einheit und übertragen die Vertretung ihrer Interessen einmütig der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes, welcher allein nur als Tarifvertragskontrahent für den Musikerberuf in Frage kommen kann, mit dem Auftrage, dafür zu sorgen, daß für die Musiker Lohn- und Arbeitsbedingungen zustandekommen, die der heutigen wirtschaftlichen Lage sowie der heutigen Gesehgebung durchaus entsprechen.

## Betriebsräte wahlen in der Berliner Metallindustrie.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit:

Von verschiedenen Seiten wird uns die Mitteilung, daß bei der Auffstellung der Kandidatenlisten für die Neuwahl der Betriebsräte von einem Teil der organisierten Kollegen dem anderen Teil bestimmte Verpflichtungen und Bedingungen zur vorherigen Annahme unterbreitet werden. Wir möchten noch einmal ausdrücklich auf die Beschlüsse des erweiterten Beirats sowie auf die verschiedenen Richtlinien und Anweisungen des Vorstandes in bezug auf die Betriebsräte wahlen aufmerksam. Vorschlagslisten, die auf Grund von Bedingungen und Verpflichtungen zustandekommen sind, gelten nicht als freigewerkschaftliche und werden von der Verwaltung nicht anerkannt.

Wiederholte einmütige Beschlüsse unserer Organisation haben festgelegt, daß die Betriebsräte in erster Stelle Funktionäre unserer Organisation sind. Das ergibt zwingend, daß die Auffstellung der Vorschlagslisten für Neuwahlen in freigewerkschaftlichen Funktionärskörper der Betriebe erfolgen muß. Auffstellung von Vorschlagslisten in allgemeinen Betriebsversammlungen, in denen nicht freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter sowie Indifferente und Gewerkschaftsgegner Zutritt haben, sind nicht zulässig. Die auf diese Art zustandekommenen Vorschlagslisten werden von der Verwaltung nicht anerkannt. Sollte trotzdem in einzelnen Betrieben versucht werden, diese Grundlagen der Neuwahlen nicht zu beachten, bitten wir, dies sofort der Verwaltung zu melden, damit mit ihrer Hilfe eine den Voraussetzungen entsprechende freigewerkschaftliche Liste zustandegbracht wird.

## Achtung, Gewerkschaftsfunktionäre!

Zu der Funktionärerversammlung am Freitag, den 10. Februar, im Kriegervereinshaus, Chausseest. 94, sind wir genötigt, aus w eise anzugeben, weil der Saal nur 2000 bis höchstens 2500 Personen faßt. Diese Ausweise sind an die Ortsverwaltungen nach dem Stärkeverhältnis der Organisationen verteilt. Wir erwarten, daß die Ausweise nun aber auch ausgenutzt werden. Neben diesem Ausweis sind auch Funktionärkarte und Mitgliedsbuch resp. Karte vorzulegen.

Gewerkschaftskommission Aug. freier Angestelltenbund  
Berlin und Umgegend. Ortspartei Groß-Berlin.

## Der Streik der Saarbergleute.

Die Streiklage ist unverändert. Es mehren sich jedoch die Fälle von Befähigungen der Arbeiter durch französische Soldaten. Streikposten wurden vom Militär auseinandergetrieben, andere wurden von Militärpatrouillen visitiert und nach Waffen durchsucht. Streikende wurden von französischen Soldaten mit aufgezacktem Seitengewehr zur Grube gebracht, wo sie ihre Personalpapiere abgeben mußten. Späher mögen sich überall bemerkbar und versuchen, die Namen derjenigen Bergleute festzustellen, die sich im Streikbureau befinden. Bei den höchsten Eisenwerken macht sich der Kohlenmangel stark bemerkbar. Bisher sind von fünf Hochöfen drei in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeiter werden mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Leitung des Neunkirchner Eisenwerkes hat den ganzen Betrieb stillgelegt. Nach zuverlässigen Mitteilungen sind jedoch die Arbeitsmöglichkeiten noch nicht erschöpft. Nach aus Lothringen vorliegenden Meldungen ist das ganze lothringische Kohlengebiet militärisch besetzt worden.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer teilt uns mit, daß der in der Rotgenausgabe des „Berliner Tageblatt“ vom Mittwoch, den 14. Februar, angemeldete Heizertariff nichts zu tun hat mit dem auf Grund der vom Reichswirtschaftsministerium herausgegebenen Richtlinien gegründeten Heizerschulen. Der im „Berliner Tageblatt“ angemeldete Heizertariff ist, wie das Handelsministerium mitteilt, nur als Vortrupp für Bedienungspersonal der Zentralheizungsanlagen gedacht.

Anmeldungen für den ordentlichen Heizertariff nimmt nach wie vor nur der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Berlin, Engelstr. 24/25 entgegen.“

Internationales Arbeitsrecht. Regierungsrat Dr. Fuß beim Internationalen Arbeitsamt in Genf hält am 10., 20., 22. und 26. Februar, abends von 7 bis 9 Uhr an der Berliner Universität, Harkort 89, allgemein zugängliche Vorlesungen über Internationales Arbeitsrecht und die Internationale Organisation der Arbeit. Der Zutritt ist kostenlos.

Gehaltszahlung für die Angestellten in den Versorgungs- und Installationsgeschäften. Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, ist auf Grund einer Vereinbarung den Angestellten auf Wunsch in diesen Betrieben am 15. Februar eine Monatszahlung auf das Februargehalt in Höhe von 80 Proz. des Januargehaltens auszuzahlen.

Rabeis Oberpost. Freitag nachmittag 1/2 Uhr im Lokal von Kurt, Rathenow. Ede Luisenstraße, Fraktionsführung aller Kollegen und Kolleginnen, die der SPD. angehören. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

Zentralverband der Schuhmacher. Freitag abend 7 Uhr Versammlung des Ausschusses bei Baranowski, Grüner Weg 9.

Mitteilung, Zimmerer! Freitag abend 6 1/2 Uhr findet bei Fensara, Reichslohnstraße 13, die Funktionärskonferenz statt; die Vorstands- und Sachverständigenmitglieder treffen sich um 6 Uhr im Bureau zwecks Vorbereitung. Sonnabend oder Sonntag sind in allen Bezirken Bezirksversammlungen abzuhalten. Die Bezirksversammlungen tagt beim am Montag abend pünktlich 6 1/2 Uhr im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Str. 12.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Brände Elektrikl. Freitag abend 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Saal 1, unsere Brändeversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Jume über Brände in der Holzindustrie. Freitag abend 7 Uhr findet bei Schulz, Elisabethstr. 30, eine Brändeversammlung statt. — Brände der Gefährts- und Industriehäuser. Freitag abend 7 Uhr findet bei Schulz, Elisabethstr. 30, eine Brändeversammlung statt. — Die Brändeversammlung der Brände Chemie am Freitag abend 7 Uhr. Wir verweisen die Kollegen auf die allgemeine Funktionärerversammlung der Chemischen Industrie. — Brände der Textilindustrie. Sonnabend abend 6 1/2 Uhr findet im Saal 1 des Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, eine Brändeversammlung statt. — Brände Metallindustrie. Sonnabend abend 6 1/2 Uhr findet bei Himmann, Dresdenstr. 108, unsere Brändeversammlung statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Brände Bergwerbe. Sonnabend abend 6 1/2 Uhr findet bei Schulz, Elisabethstr. 30, eine Mitarbeiterversammlung aller im Bergwerbe beschäftigten Maschinisten, Heizer und Bergsozialisten statt. Tagesordnung: „Besprechung der Lehren aus den Vorkriegszeiten ist unbedingt notwendig, da das Zimmer um 8 Uhr geräumt sein muß.“

## Aus der Partei.

### Groß-Thüringen zur politischen Situation.

Am Sonntag, den 11. Februar, fand im Volkshaus in Weimar eine Konferenz der führenden Parteikörperschaften Thüringens statt. Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Entschliesung mit 20 gegen 9 Stimmen angenommen:

Die Konferenz des Bezirksvorstands und der politischen Redakteure der SPD. Groß-Thüringens erklärt:

Nach vier Wochen Ruhrbesetzung, angesichts des sich unaufhaltbar verschärfenden Wirtschaftskrieges wird es immer klarer, daß die weitere, schier unbegrenzte Fortdauer dieses Zustands zur wirtschaftlichen und politischen Katastrophe führen muß. So notwendig der organisierte Abwehrkampf im Ruhrgebiet ist, zu den gewünschten Erfolgen wird die passive Resistenz nicht führen, wenn der Kampf nicht gleichzeitig durch eine entsprechende zielklare Außenpolitik der Reichsregierung abgetürt und beendet wird. Das ist nur möglich durch eine Rückkehr zur Erfüllungspolitik, der wichtigsten Voraussetzung für den Beginn erfolgreicher Verständigungsverhandlungen.

Deshalb ist es die vornehmste Aufgabe der SPD. und im besonderen der Reichstagsfraktion, ihren ganzen Einfluß auf die Regierung Cuno, losgelöst vom Einfluß der Schwerindustrie, im Sinne der Fortsetzung der Erfüllungspolitik und der ehrlichen Verhandlungsbereitschaft geltend zu machen.

Jede Konzession an den Nationalismus ist mit der Auffassung des Sozialismus und den Lebensinteressen des Proletariats, der Angestellten und Beamten unvereinbar; sie hat unter allen Umständen zu unterbleiben. Die neue Diktatorische ist mit der Entlastung und rückwärtslosen Bekämpfung der nationalitätspolitischen Katastrophenspolitik energisch abzuwehren.

Den unabweisbar vorhandenen Verzweiflungsbestrebungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie zum Zweck gemeinsamer Ausbeutung des Proletariats ist der Grundsatz der sozialistischen Wiedergutmachung und der Sozialisierung der Wirtschaft entgegenzustellen.

Für die innere Politik der SPD. hat das materielle Interesse der Arbeiterklasse ausschlaggebend und bestimmend zu sein. Im Hinblick auf die mit beispielloser Schnelligkeit um sich greifende Bereinigung des Proletariats, der Angestellten und Beamten ist von der Reichsregierung zu fordern:

1. Durchgreifende Maßnahmen gegen die Preisdiktatur der Produzentenmonopole und gegen den verbrecherischen Wucher des freien Handels.
  2. Beschleunigter Beginn einer aktiven Währungspolitik, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen die zügellose Devisenspekulation zu stehen hat.
  3. Sofortige gesetzliche Vorbereitungen zur Erfassung der Sachwerte, die unerlässlich ist zu erfolgreicher Wiederaufnahme der Erfüllungspolitik und der Behebung des deutschen Finanzelends. Ausbau der Steuerleggebung in der Weise, daß die geordnete Eintreibung der Besteuer gesichert ist.
  4. Schnellste Hilfe für die Arbeitslosen durch direkte Beschäftigung der Arbeiterentlastungen, Aufnahme der produktiven Erwerbslosensfürsorge, Anpassung der Unterstützungssätze an die Löhne.
- Die Partei hat diese Forderungen gegenüber der Regierung Cuno mit Ernst und Entschiedenheit zu vertreten. Gleichzeitig haben alle Funktionäre der Partei für die Forderungen in dem arbeitenden Volk eine intensive Tätigkeit zu entfalten, damit den Vertretungen der Partei in den Rassen der notwendige Rückhalt gegeben wird.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Angelegenheiten: Adolf, Berlin. Verlags: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brack-Vertriebs-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Etage 1. Telefon

# DUNLOP

## Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Sie husten nun schon wochenlang und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm einem Tagelohngewicht durch Aufschauen mit 1. und 2. und 3. Weller eine präparierte, prompt wirkende Pulvermischung leicht herzustellen. Dieser Pulver-Gewicht ist über erhältlich in allen Apotheken.



# Dixie

das dankbare  
Sahnepulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER,  
HENKEL & CO., DUSSELDORF



Die Gräber der Märzgefallenen.

Dieses Jahr fährt sich zum 75. Male jener blutige 18. März, an dem in Berlin das Volk gegen seine Bedränger sich erhob und Preußens König vor den Leichen der gefallenen Helden der Revolution den Hut ziehen mußte.

Peinliche Erinnerungen.

Diese Haltung des demokratischen Bürgertums weckt die Erinnerung daran, daß zu früheren Zeiten in Berlin der Freiland doch noch eher gewohnt war, sich ein wenig seiner Vergangenheit zu erinnern.

Den Gefallenen des 18. März 1848 Die Stadt Berlin.

Natürlich gab es auch damals reaktionäre Gemeindevorsteher, die sich gegen diesen Antrag wandten. Aber die Mehrheit stimmte ihm mit 77 gegen 18 Stimmen zu.

Immerhin zeigt sich doch das eine: damals herrschte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung bei den Angehörigen der bürgerlichen Parteien doch noch ein anderer Geist.

Loten eine würdige Ehrung zuteil werden zu lassen? Sonst könnte man wirklich fragen: Wozu haben wir einen sozialistischen Magistrat?

Eine 75-Jahrfeier der Märzrevolution.

In Zusammenarbeit mit den übrigen maßgeblichen republikanischen Organisationen ist erreicht worden, daß nahezu in jeder größeren Stadt Deutschlands in den Märztagen der Gedenktage des Jahres 1848 gedacht wird.

Dollar fällt. - Fleischpreise steigen.

Preistreibereien der Händlerclique. - Amerikanisches Schmalz 40 Proz. billiger als deutsches Schmalz.

Die bereits gestern geäußerten Befürchtungen, daß trotz der anhaltenden Besserung der Mark die Viehgroßhändler und Kommissionäre durch Zurückhaltung von Vieh und durch andere Manöver die Fleischpreise weiter in die Höhe treiben würden, haben sich in vollem Umfang bestätigt.

Dem Markt wohnte der Leiter der Wucherabteilung beim Polizeipräsidenten, Regierungsrat Hinkel, selbst bei, der besonders die einzelnen Fälle nachprüfte, die von den Beamten seiner Abteilung gemeldet wurden.

anliegen, weil die Fabriken durch ihre ausgedehnten Kühlräume natürlich in der Lage sind, das Fleisch wochenlang einzulagern und die Ansicht vertreiben, daß die Viehpreise auch in den nächsten Wochen noch weiter anziehen werden.

Es ist sehr leicht möglich, daß die Hoffnungen dieser sauberen Herrschaften, die skrupellos mit der Rot des Ruhrreviers Schindluder spielen, zu schanden werden.

Herabsetzung des Goldankaufspreises.

Entgegen ihrer bisherigen Gewohnheit hat die Reichsbank den Ankaufspreis für Edelmetall, den sie sonst immer für eine Woche festzulegen pflegte, jetzt inmitten der Woche abgeändert und nicht unbeträchtlich herabgesetzt.

Unter der Anklage des Meineides.

Auslagen einer Vierzehnjährigen, die Mutter wurde. In dem weiteren Fortgang des Eiltlichtprozesses aus Oberschöneweide beschloß das Gericht zunächst, den Angeklagten Malchow abführen zu lassen, um die Angeklagte Rückke unbeeinträchtigt vernehmen zu können.

Leitweise stotternd und zögernd, aber mit großer Bestimmtheit gestand die Angeklagte ein, daß ihre Bezeichnung des Pfarrers Glasomerski eine un wahre gewesen sei.

Nach einer längeren Pause wurde der Angeklagte Ernst Malchow wieder auf die Anklagebank geführt und es wurde ihm die Aussage der Mitangeklagten vorgehalten.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„Front?“ rief der Leutnant heraus. Er war ein kleiner Mann, der wie ein Jockey mit rauhem, rotem Gesicht ausah, das jetzt in Werges sich purpurn färbte.

Sie marschieren eine lange Weile in Formation. Das Gepäck schnitt ihnen in den Rücken und in die Schultern.

Oben kamen sie auf einen dunklen Boden, wo die Luft schwer war vom Geruch des Heus und eines Kuhstalles, der darunter lag.

Die Kameraden um sie herum sprachen leise und schläfrig. Draußen kam ein neuer Regenschauer herunter und schlug weich auf die Ziegel des Daches.

„Hoffentlich geben sie uns was Anständiges zu essen, bin hungrig wie ein Drefcher.“

„Wir können vielleicht ein paar Zigaretten von der Dame da unten bekommen, oder irgend etwas anderes. Versuch's mal nach dem Essen.“

Sie lagen beide im Stroh und schlossen die Augen. Ihre Baden brannten noch vom Regen. Alles schien sehr friedlich. Die Kameraden um sie herum sprachen leise und schläfrig.

Die Verden erfüllten die bläuliche Luft mit einem beständigen Klingeln kleiner Glocken. Chrisfield und Andrews schlenderten über ein Feld, das auf dem Rücken eines Hügels lag.

„Ja, das würde besser sein, als so . . . warten, warten, warten.“

Sie gingen weiter, das Zwitschern der Verden über ihnen, das Geräusch ihrer Füße im Alee und das schwache Klirpern einiger Kupfermünzen in Chrisfields Tasche.

„Möchte schon einer von den beiden sein,“ sagte Chrisfield.

„So?“

„Ich würde alles darum geben, aus dieser beschissenen Infanterie rauszukommen. So ist's kein Leben, wie ein Regter behauptet zu werden.“

„Aber, das ist kein Leben.“

„Wenn sie uns wenigstens an die Front schicken würden . . . Aber alles, was wir tun, ist Drill und Schießen und Drill und Bajonettübungen und wieder Drill. Kann einen ja verrückt machen.“

„Wozu darüber sprechen, Chris?“ Andrews lachte. „Da ist das Flugzeug wieder.“

„Wo?“

„Da hinten. Gerade an dem Waldende.“

„Dort ist der Flugplatz.“

„Die haben 'n schönes Leben.“

„Bin im Nebungsstager um 'ne Verletzung zu den Fliegern eingekommen, aber nichts mehr davon gehört. Sonst wäre ich nicht mehr in diesem Dreck.“

(Fortsetzung folgt.)



Des Mädchens habe er sich auch nach dem Tode der Mutter aus reiner Menschenfreundlichkeit angenommen, denn er habe sie ge- wehrmaßen von Kindesbeinen an mit erzogen. Auf Vorhalten des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte: „Mir ist es niemals ein- gefallen, den Pfarrer Glasmerski als Vater des Kindes zu bezeichnen. Ich bin aber der unschuldige Dritte.“ Vor-: Angeklagte: „Wie, was sagen Sie dazu?“ Angekl. (mit großer Bestimmtheit): „Ich habe nur mit ihm verkehrt und mit keinem anderen, er ist der Vater des Kindes und der Pfarrer Glasmerski ist es nicht. Alles, was er sagt, ist durchaus Lüge.“ Die Oberin Schilling aus der Fürsorgeanstalt in Prenzlau, in der die Angeklagte Köhler 1920 untergebracht war, stellt ihr das Zeug- nis aus, daß sie sich gut geführt habe. Die weitere Beweisaufnahme in der gestrigen Sitzung betraf die Umstände, durch die die falschen Gerüchte über Pfarrer Glasmerski in Oberschönweide in Umlauf gekommen sind. — Die Verhandlung wurde auf heute früh vertagt.

### Besechtung bei der Feststelle Groß-Berlin. Eine eintägige „Nebenbeschäftigung“.

Eine Aussehen erregende Besechtungsangelegenheit bei der Feststelle Groß-Berlin stand vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Angeklagt waren der Kaufmann Deutschmann, der Kellereibesitzer Hei- ling und der Kellereibesitzer Weiß. Heiling betrieb in der Umbener Straße eine Kaserne. Deutschmann war bei der Feststelle Groß-Berlin als Sachverständiger für das Rol- lerfach angestellt und hatte für diese Eigenschaft die Kaserne in Berlin zu beaufsichtigen.

Deutschmann soll nun, und gibt das auch zu, von Heiling 30 000 M. in der Zeit von 1919—1920 erhalten haben. Ebenso gibt Weiß zu, 20 000 M. erhalten zu haben. Beide Angeklagten erklären jedoch, daß sie geglaubt hätten, Nebenbeschäftigung betreiben zu dürfen, da sie ihre Dienstpflichten nicht zugunsten des Heiling verletzt hätten. Rechtsanwalt Bahm machte für Weiß geltend, daß er nicht als Angestellter einer Wirtschaftsorganisation verpflichtet worden sei, da es unterlassen worden wäre, dies, wie die Vorchrift sei, durch Handhabe zu bewirken. Die anderen Angeklagten, die durch die Rechtsanwälte Dr. Frey und Dr. Guppe verteidigt werden, behaupteten, daß die Heiling sehr oft auswärts gewesen sei, es auch im Interesse der Allgemeinheit gelegen habe, durch die Aufsicht die Güte der Waren herbeizuführen. Bezeichnend für den ganzen Vorgang ist der Briefwechsel, der zwischen Deutschmann und Heiling geführt worden ist. Die Beweisaufnahme ergab, daß Deutschmann die dienstliche Verpflichtung hatte, den Betrieb des Angeklagten Heiling im Interesse der Fest- stelle Groß-Berlin zu beaufsichtigen und den Rufe abzunehmen. Nachdem diese beiden Angeklagten miteinander in Verbindung getreten waren, zog Deutschmann auch den Angeklagten Weiß ins Vertrauen, da dieser die Belieferung der Kaserne mit Rohstoffen direkt unter sich hatte. Die Heiling zugewiesenen Vorteile machten er erhebliche Vermögensverluste aus, in der Zeit vom Februar bis September 1919 haben die beiden Angeklagten Deutschmann und Weiß 67 000 M. Provision erhalten. Diese Zahlungen wurden in den Büchern Heilings zunächst ver- schleierte, als das auch nach geschicklich erschien, in einem be- sonderen Kontobuch geführt, das jetzt verschwunden ist. Heiling war durch die ihm gewährten Liebertreibungen von Rohmaterialien in der Lage, einen großen Teil des von ihm hergestellten Rases zu hohen Preisen im Privathandel abzusetzen. Er hat in kurzer Zeit aus diesem Geschäft allein einen Reingewinn von 450 000 M. erzielt. Wie die Beweisaufnahme ergab, war der Angeklagte Weiß durch ein Versehen nicht als Beamter verpflichtet worden. Nach längerer Beweisaufnahme, in der die Stadträte Rieh und Simonohn vernommen wurden, kam das Gericht zur Ver- urteilung des Angeklagten Heiling zu 2 Monaten Gefäng- nis, welche Strafe in eine Buße von 500 000 M. umgewandelt wurde. Deutschmann erhielt 120 000 M. Geldstrafe, Weiß wurde freigesprochen.

### Die Gelder der „Republik“.

Mit den Wirren der Novemberrevolution beschäftigte sich das Amtsgericht Charlottenburg. Der Schriftsteller Wilhelm Herzog, der Herausgeber des „Forum“, hatte den Herausgeber der „Welt- bühne“ Siegfried Jacobsohn wegen Beleidigung verklagt. Dem Prozeß lag folgende Vorgeschichte zugrunde. Bald nach Ausbruch der Revolution hatte der Bankier Schwabach mit dem kommu- nistischen Schriftsteller Herzog die Zeitschrift „Die Republik“ gegründet. Schon nach wenigen Wochen schied Schwabach aus und das Geschäftsunternehmen ging in die Genossenschaft der Arbeiter- räte über. Die finanziellen Schwierigkeiten wurden jedoch so groß, daß übermals nach wenigen Wochen die Zeitung ihr Erscheinen ein- stellen mußte. Jacobsohn hatte nun in der „Weltbühne“ in etwa 12 Artikeln Herzog wegen des Zusammenbruchs der Zeitung „Republik“ heftig angegriffen, hatte ihn einen „Revolutionstribun“ genannt und behauptet, kein kommunistischer Befähigungsnachweis habe lediglich in der Unterschlagung von Arbeitergeldern bestanden. In der Verhandlung erklärte Jacobsohn, nachdem Einigungsver- handlungen gescheitert waren, daß er diese Vorwürfe gegen Herzog ausreicht erhalten müsse. Justizrat Viktor Bräun, als Mitverteidiger Herzogs, warf dem Beklagten vor, daß er ein haltloses Ge- rücht in seiner Zeitschrift verbreitet habe, ohne sichere Unterlagen zu besitzen. Ein Publizist, der so leichtfertig handle, könne nicht ernst genommen werden. Jacobsohn erklärte daraufhin, daß Herzog außerhalb des zwischen ihm und dem Bankier Schwabach getroffenen Vertrages Gelder habe unterschlagen können und beantragte des- halb die Zahlung der Abgeordneten Crispian und Dr. Rosen- feid, sowie des Geschäftsführers Müller. Das Gericht beschloß deshalb die Verhandlung zu vertagen.

### Größter Feuer in Lütbars.

Ein weithin sichtbares Schadenfeuer von größerer Aus- dehnung alarmierte am Mittwochabend die Berliner Feuerwehr und zahlreich freiwillige Wehren der nördlichen Vororte, sowie der Ge- meinden des Kreises Hohenstein. Es brannte in der Platane- straße auf einem Holzplatz in Lütbars große Mengen von Bau- materialien aller Art für Stützwerke. Die Wehren von Lütbars, Waldmannsdorf, Rosenthal, Reindorf, Schidow, Hermsdorf und anderer Gemeinden rückten in den Abendstunden aus. Die Ber- liner Feuerwehr entsandte den 24. Löschzug. Als die Wehren an der sehr entlegenen Brandstelle ankamen, hatten die Flammen schon eine solche Ausdehnung erreicht, daß die Wehren angeht die Wasser mangels sich darauf beschränken mußten, die Nachbar- grundstücke zu schützen und das Feuer einzukreisen. Mit zahlreichen Schlauchleitungen konnte schließlich der Brand eingedämmt und in später Nachtstunde gelöscht werden. Der Schaden soll ganz be- deutend sein. Leider ist ein großer Teil der vernichteten Bau- materialien nur ganz ungenügend versichert. Die Entstehungs- ursache wird auf Unvorsichtigkeit bei der Heizung einer Wächterbude zurückgeführt.

### Ein Zentner Weizen 6945 Mark.

Durch die heute eintretende hundertprozentige Erhöhung der Bahnpreise ist eine entsprechende Beraufhebung der Kleinverkaufspreise für Weizen erforderlich geworden. Die Weizen- preise ließen sich mit Wirkung vom 17. d. Mts. wie folgt: Weizen je Zentner ab Lager 6945 M., frei Weiser 7225 M. Bei weiteren- weiser Vierzehner 6945 M., 7180 M. Heber die Erhöhung der Kohlenpreise ergibt in den nächsten Tagen entsprechende Bekannt- machung.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Kohlenhändler die bei ihnen lagernden Bestände noch zu den alten Preisen abzugeben haben. Das Publikum muß selbst eine strenge Kontrolle üben und jeden ihm bekannt werdenden Fall sofort un- nachsichtlich der Wasserpolizei zur Anzeige bringen.

Der ermordete Schutzpolizeiwachmeister Steiner wurde gestern nachmittag unter ansehendlicher großer Beteiligung namentlich der Kameraden auf dem Garnisonfriedhof in der Paradenstraße im letzten Ruhe bestattet. Das Verbrechen an dem pflichterfüllen Beamten ist leider noch nicht weiter aufgeklärt. Schuß- und Kriminalpolizei bieten erneut alles auf, um der beiden Mörder habhaft zu werden. Die Obduktion und anderweitige Feststellungen haben bestimmt er- geben, daß beide Verbrecher geschossen haben. Der eine aus einer Original-Armeeepistole, Kaliber 9 mm, der andere aus einer umgeänderten Armeeepistole, Kaliber 7,65 mm, deren Patronenhülse fastidentisch ist. Es wird nun, weil die Täter ohne Zweifel dem gewerbmäßigen Verbrechen an- gehörend, bei den Einbrechern, Inhabern, Straßenräubern usw. in allen Quartieren der ganzen Stadt nach Weibern solcher Pistolen geforscht. Mitteilungen aus dem Publikum sind nach dieser Rich- tung hin für die Aufklärung des schweren Verbrechens sehr wertvoll. Sie werden von den Kriminalkommissaren Dr. Knusch und Drees in den Nummern 98 und 99 des Volkst- ründiums entgegen genommen und ebenso wie die anderen An- gaben streng vertraulich behandelt. Auf die Freigabe der Täter ist eine Belohnung von 100 000 M. ausschließlich für Mitteilungen aus dem Publikum ausgesetzt.

Vom eigenen Hausbesitzer um 100 000 M. bestohlen wurde die Lebensmittelfirma Zielmer in der Neuen Friedstraße 88/40. Der Hausbesitzer Egelhaus sah aus der Dreiecker Str. 74 drang während der Mittagspause durch das Abortfenster in das Geschäft- lokal ein und räumte ungeört in das Kassenschloß ein.

Neu- und Fortbildungsausschuss Groß-Berlin. Dienstag, den 20. Febr., abends 7 Uhr, findet im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Linden- straße 8, 2. Hof, 2. Etz., Zimmer 8, eine wichtige Sitzung des kleinen Bildungsausschusses statt. Anwesend aller ist unbedingt er- forderlich. — Für sämtliche Nachmittagsvorträge im Neuen Theater am Zoo wird ein Zuschlag von 50 M. pro Karte erhoben. — Proletarische Feiertage am Sonntag, den 25. Februar, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße. Zum ersten Male findet der Sprecher des Chorwerk „Turm der Gemeinschaft“. Karten à 250 M. im Bezirksbildungsausschuss, Lindenstr. 8, 2. Hof 2. Etz.; Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2; Buchdruckerei Freiheit, Urbanstr. 7; Landgemeindefachverteilung Buchhandlung, Sophiestr. 21; und den be- kannten Verkaufsstellen. — Die Nacht der „Fünferliste“ von Tolkst, in der Hauptrolle Rote Westfalen, am Dienstag, den 27. Febr., abends 7 Uhr, im Zentraltheater, Alte Jakobstraße. Preis pro Karte 500 M. Garderobe und Theaterzettel frei. Karten im Bureau des Bild- ungsausschusses und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Kreislungen. — Die Dienste der Kreisbildungsausschüsse müssen die Karten für die Märzvorstellungen umgehend abholen.

Die österreichische Anklagefrage wird heute, Donnerstag, den 16. Februar, um 7 Uhr, im Hof 140 der Universitäts in einem vom Deutschen Studentenbund veranstalteten Vortragsabend behandelt. Herr Deumann Alenzi, der zweite Vorsitzende des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, hat das Referat übernommen.

Genosse Viktor Brande spricht heute in der Gesellschaft für repu- blikanisch-demokratische Politik um 8 Uhr abends in der Arbeitsschule, Koch- straße 13, zur gegenwärtigen politischen Lage. Gäste willkommen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Einigungsmarken sind nunmehr seit über vier Monaten im Umlauf, und trotz mehrfachen Aufforderung von einer Anzahl Abteilungen immer noch nicht vollständig abgerechnet worden. — Persönliche Mahnungen kosten zurzeit viel Porto. — Wir bitten deshalb auf diesem Wege nochmals dringend um die sofortige Ab- rechnung dieser Marken. S. U. Kler Pagels.

1. Kreis, Weidling, Freitag, den 16. Februar, 7 Uhr, Versammlung der Kreisvereine im Schulsaal, Font., Alte Wiesenstraße. Thema: „Das Reichsamtengesetz“. Ref. Genosse Stadtrat Wulff.

Heute, Donnerstag, den 15. Februar:  
10, 11 und 12. Ust. Kreis. Parteigenossen, die sich für die Jugendarbeit zur Verfügung stellen wollen, werden zu einer Besprechung heute abends 8 Uhr im Jugendheim, Mühlengasse 54, eingeladen.  
Jugendpolitische Gruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr bei Rühlig, Weidenweg 64, Vortrag: „Revolutionäre Arbeiter“. Gruppe Kropstin, 7 1/2 Uhr im Jugend- heim, Alsenstr. 3, Vortrag über „Boll und Stact“. Ref. Gen. Feilhaber.  
Gruppe Rosenthal, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Rosenthal, 5. Platz, Vortrag über „Das Parteiprogramm“. Gruppe Köpenick, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Sä- maldstraße 64, spricht Gen. Kurrz beim über: „Deutschlands Zukunft“.

Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 15. Februar:  
1. Ust. 7 1/2 Uhr bei Krüger, Engelstraße 23, Frauenabend. Referat der Genossin Verbecht.

Morgen, Freitag, den 16. Februar:  
1. Ust. Stadtbezirk 133 bis 144. 10 1/2 Uhr Beiratsversammlung der Beamtinnen im Hof 140, Engelstraße 23, zwecks Bildung eines Beiratsausschusses und Wahl eines Obmannes. Die Beamtinnen sind darauf aufmerksam zu machen. Mitteilungs- buch als Belegmappen mitbringen. 7 1/2 Uhr bei Rühlig, Weidenweg 64, Vortrag: „Revolutionäre Arbeiter“. 7 1/2 Uhr bei Rühlig, Weidenweg 64, Vortrag: „Revolutionäre Arbeiter“. 7 1/2 Uhr bei Rühlig, Weidenweg 64, Vortrag: „Revolutionäre Arbeiter“.

Frauenveranstaltung am Freitag, den 16. Februar:  
10. Ust. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Alte Wiesenstraße 13. Thema: „Femilie und soziale Organisation“. Ref. Frau Hoffmann-Gömler.

### Sozialdemokratie und Polizei

Ueber dieses für alle republikanischen Polizeibeamten wichtige Thema spricht der Landtagsabgeordnete Genosse Kahl in zwei öffentlichen Versammlungen heute Donnerstag und morgen Freitag, abends 7 Uhr, in den Brunnenhallen, Brunnenstraße 13. Das Erscheinen aller denkenden Polizeibeamten ist un- bedingt erforderlich; ebenfalls sind Angehörige anderer Beamten- und Berufs- gruppen besonders eingeladen.

### Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 15. Februar:  
Jugendheim Mühlengasse Str. 5, Diskussionsabend: „Unsere Zeitung“. — Arbeitervereine, Jugendheim Gemeindefachverteilung, Karlstraße, 7 1/2 Uhr bei Rühlig, Weidenweg 64. — 8 1/2 Uhr. Vortrag: „Die Revolutionäre Arbeiter“. — 8 1/2 Uhr. Vortrag: „Die Revolutionäre Arbeiter“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.  
Verein für Selbsthilfförderung im Südwesten Berlins. Am Sonnabend, den 17. Februar, findet in der Aula der Oberrealschule in Steglitz, Alsenstr. 3, abends 8 Uhr, ein Sozialisches Abend zum Behen der Errichtung eines Schmitz- boden im Steglitzer Südwesten statt. Professor Dr. Schreyer wird aus eigenen Worten vortragen.

Sozialdemokratischer Männerklub Prenzlauer Tor. Die nächste Unterrichts- stunde findet Freitag, den 16. d. M., 8 Uhr, bei Schneider, Prenzlauer Tor 47, statt. Unentgeltlich erschienen willkommen.

Lebensmittelpreise des Tages.  
Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft still. Fische knapp, Ge- schäft ziemlich reger. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Klein- handelspreise:  
Rindfleisch 2800—3500 M., ohne Knochen 3800—4500 M. Schweine- fleisch 3600—4000 M. Hammelfleisch 3500—4000 M. Kalbfleisch 2900 bis 3700 M. Rindertalg 5600—6250 M. Rükkenfett 6600—6800 M. Schell- fisch 1600—2100 M. Kabeljau 1200—1800 M. Rotzungen 1200—1600 M. Gorsch 800—1000 M. Grüns Heringe 1200—1450 M. In Eis: Schiele 8000—8500 M. Hechte 2400—2800 M. Lebende Schiele 4000—4300 M. Hechte 3750—4200 M. Naturbutter 6000—6500 M. Margarine 3600 bis 4800 M. Schmelzwachs 2000—2400 M. Hafersgrütze 1175 M. Kartoffel- mehl 850—925 M. Weizkohl 110—120 M. Wirsingkohl 135—170 M. Rosenkohl 650 M. Mohrrüben 40—50 M. Kohlraben 85—48 M. Grün- kohl 200—300 M. Rotkohl 180—225 M. Zwiebels 50 M. Erdäpfel 250 bis 300 M. Apfelsinen 275—350 M. das Stück.

# Wirtschaft

## Stidstoff für Getreide.

Der Gedanke, den Landwirten für Umlagegetreide anstatt Papier- geld Stidstoffdüngemittel zur Bezahlung zu geben und so die Pro- duktion von Lebensmitteln im Inland zu steigern, steht in der Landwirtschaft auf wachsendem Widerpruch. In der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, die sich jetzt mit dem Geheutwurf der preussischen Staatsregierung zu dieser Frage beschäftigt, hielt der Vorsitzende der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, Herr v. Oppen, dazu ein Referat, in dem er sich mit den bekannten Redewendungen gegen jede „Verschärfung der Zwangs- wirtschaft“ wandte und sich schüchtern vor das private Stidstoff- monopol stellte, dafür aber höhere Preise verlangte, damit die Land- wirtschaft den vom Privatkapital geforderten Preis für Stidstoff- dünger auch bezahlen könne. Mit diesen Argumenten und mit der Forderung nach freier Getreidewirtschaft fand er bei den in der Hauptlandwirtschaftskammer vertretenen Großgrundbesitzern Anklang.

Gegen diese Darlegungen wandte sich der preussische Landwirt- schaftsminister Dr. Wendorff und lehnte es ab, im gegenwärtigen Augenblick auf Einzelheiten der Vorlage einzugehen. Er stellte dann gegenüber den Ausführungen verschiedener Redner fest, daß es sich bei dem Geheutwurf nicht um eine überraschende Maßnahme des preussischen Landwirtschaftsministeriums handele. Die Grund- gedanken dieses Geheutwurfs seien seit Jahren Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung der landwirtschaftlichen Kreise gewesen, und noch im Herbst des verfloffenen Jahres habe das preussische Landwirtschaftsministerium den Versuch gemacht, einen ähnlichen Geheutwurf hinsichtlich der Bezahlung des Umlagegetreides mit Stidstoff zur Durchführung zu bringen. Die damals gemachten Vorschläge seien zwar abgelehnt worden, aber, wie wohl nicht all- gemein bekannt sei, im wesentlichen aus politischen Gründen. Der Minister verteidigte den Entwurf mit der bestehenden Kot- lage, die es erfordere, auch Maßnahmen vorzuschlagen und in Er- wägung zu ziehen, die mit den wünschenswerten Zuständen nicht in allen Punkten zusammenzubringen sind. Die katastrophale Entwertung unseres Geldes habe es notwendig gemacht, dafür zu sorgen, möglichst wenig Auslandswährungen für die Ernährung des Volkes aufzuwenden. Seiner Ueberzeugung nach sei es durchaus zweckmäßig, Rohstoffe, d. h. Düngemittel, einzuführen und damit das Getreide im Lande zu erzeugen. Für die Summe, die wir für Stidstoffdüngemittel ins Ausland geben, könne man im nächsten Jahre die dreifache Menge an Getreide erzeugen als ohne dieselben. Die Befestigung der Zwangswirt- schaft könne nur erfolgen, wenn die Getreidewirtschaft für das In- land ausreichend sei. Der Entwurf sei als Notgeiz gedacht, nicht als eine dauernde Regelung. Als solche hält er auch der Wirt- schaft für völlig verfehlt. Die Bevölkerung sei durchaus bereit, der Landwirtschaft einen angemessenen Preis zu zahlen, wenn sie die Gewißheit erhält, daß die Landwirtschaft ihre Erzeugung steigern und damit die Sicherheit für die Volksernährung schafft.

Auch dieser einbringliche Hinweis auf die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten und insbesondere auf die Sicherung der Volksernährung hielt die Vertreter der Landwirtschaft nicht ab, sich scharf gegen den Geheutwurf auszusprechen. Man will eben nur freie Wirtschaft, Bucherfreiheit. Die agrarische Presse behauptet, daß nur die jüdischen Händler an der Börse die hohen Preise machten. Bisher war uns nicht bekannt, daß Herr v. Oppen, Herr v. Wangenheim und dessen Freunde zum Juden- tum übergegangen sind und Börsenhandel betreiben.

Das Kohlen Syndikat bleibt bestehen. Die Verlängerung der Geltungsdauer des Vertrages des rheinisch-westfälischen Kohlen- syndikats ist bis zum 30. September d. J. beschlossen worden.

Starke Zunahme des Banknotenumsatzes. Der Reichsbankaus- weis vom 7. Februar zeigt wieder im Zeichen der mit Hochdruck arbeitenden Rollenpresse. Der Umlauf an Banknoten stieg in der ersten Februarwoche um 268 Milliarden auf 2,52 Billionen Mark. Gleichzeitig war auch die Reichsbank Karten-Kreditanfragen ausgeführt. Sie vermehrte ihren Bestand an Handelswechseln um 208,9 auf 901 Milliarden Mark, den an Reichsbankanweisungen um 315 auf 1924 Milliarden Mark. Das Geldquäbchen, das die Reichs- bank bei der Bank von England besitzt, wurde bisher zum Zweck der Stützung der Mark nicht in Anspruch genommen.

Goldrechnung in Polen. Die polnischen Postsparkassen beginnen ab 15. Februar mit der Annahme von Einlagen, die in polnischen Goldgulden (= 1 Goldfrank) nach dem jeweiligen Kurse ver- rechnet werden sollen. Die Auszahlungen werden in polnischen Papiermark ebenfalls nach dem Tageskurs erfolgen. Auf diese Weise sollen die Einlagen vor Entwertung geschützt werden. Den Sparkassen werden sich voraussichtlich in den nächsten Tagen auch zwei Banken anschließen. Der Plan der Goldrechnung bei den Kreditoperationen der polnischen Darlehenskassen, der vom Finanz- ministerium ausgearbeitet worden ist, sieht eine Umrechnungs- weise für den polnischen Goldgulden in Papiermark vor, wonach sowohl der Kurs des Goldfrank als die Getreidepreise berücksichtigt werden sollen; die Festsetzung des Umrechnungskurses soll zweimal im Monat erfolgen.

Polnische Währung in Ostoberschlesien. Der Wojewodschaftsrat von Ostoberschlesien hat sich mit dem Plan des polnischen Finanzministeriums zur Einführung der polnischen Währung in Ostoberschlesien neben der deutschen ab 1. März ein- verstanden erklärt. Von der Ratowitzer Handelskammer soll täglich der obligatorische amtliche Umrechnungskurs festgesetzt werden.

Devisenkurs. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österreichische Kronen ab- gestempelt 32,41 Geld, 32,59 Brief; 1 tschechische Krone 708,23 Geld, 706,77 Brief; 1 ungarische Krone 5,84 Geld, 5,90 Brief; 1 bulgarische Lira 127,08 Geld, 125,32 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 237,40 Geld, 238,50 Brief. — 1 Polenmark galt im freien Verkehr etwa 52 Pf.

Weiter bis Freitag mittag. Reimeile auskarend, jedoch übermäßig bedeckt mit milderholter, meist geringen Schneehäufchen, gelinderem Frost und reichlichem herabfallenden Regen.



### Regelmässige Verbindung

von Bremen über Southampton, Cherbe rg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

NÄCHSTE ABFAHRTEN:

George Washington . . . . . 21. Februar 28. März

President Roosevelt . . . . . 28. Februar 4. April

President Harding . . . . . 21. März 25. April

America . . . . . 11. April 15. Mai

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später

Verteilen Sie Prospekt und Tariflisten Nr. 83

## UNITED STATES LINES

BERLIN: W 8, Unter den Linden 11

NW 40, Invalidenstrasse 93; W 9, Budapeststrasse 5

General-Verwaltung: Norddeutscher Lloyd, Bremen



# Millionen- Preisauschreiben in Dollar

(100 Dollar und 5 Millionen Mark)

Jetzt heißt es:

## Nerven haben! Durchhalten!

Das setzt eine gute Ernährung voraus. Essen und Trinken aber ist heute teurer denn je. Es ist jedoch unbedingt notwendig, daß dem Körper die erforderlichen Nährstoffe zugeführt werden. Denn Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen!

Nehmt **Leciferrin**

Es gibt Kraft und Lebensfrische, auch ist es, an den heutigen Preisen der Lebensmittel gemessen, billig!  
Es ist das Kräftigungsmittel der Gegenwart!

## 100 Dollar und 5 Millionen Mark

verteilen wir unter folgenden Bedingungen an alle, die Leciferrin zur Ergänzung der täglichen Nahrung nehmen.

1. Es muß der Nachweis erbracht werden, daß mindestens 5 Flaschen Leciferrin oder 6 Schachteln Leciferrin-Dragees verbraucht wurden, denn ein geringeres Quantum ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Nachweis kann am besten durch die Ablieferung der leeren Flaschen bzw. Schachteln erbracht werden.
2. Die Flaschen müssen bis zum 31. Mai 1923 in dem Werk Mainkur der Galenus Chemischen Industrie, Postadresse Jechenheim, abgeliefert werden. Die Flaschen sind im gereinigten Zustande, gut verpackt, einzusenden. Für Schachteln genügt das Deckel-Etikett. Porto wird auf Wunsch vergütet.
3. Es muß ein kurzer, höchstens 100 Worte umfassender Bericht mitgesandt werden, der die nervenstärkende, blutbildende und kräftigende

Wirkung beweist. Diese Einsendungen sind in geschlossenem Briefumschlag unter dem Kennwort „Leciferrin-Preisauschreiben“ an Galenus Chemische Industrie, Werk Mainkur, Post Jechenheim, zu richten.

4. Einen der nachfolgenden Preise erhält, wer diese Bedingungen erfüllt. Einsenden von Bildern und Zeichnungen ist anheimgestellt. Preisgekürzte Einsendungen werden Eigentum der Galenus-Werke. Sonstige gute Entwürfe behält sich die Firma vor, für Reklamewecke zu erwerben. Nichtgeeignete Illustrationen werden auf Wunsch zurückgesandt.
5. Ueber die besten Einsendungen entscheidet das Preisgericht, dessen Urteil unanfechtbar ist.

- |                    |           |
|--------------------|-----------|
| 1. Preis . . . . . | 50 Dollar |
| 2. Preis . . . . . | 25 Dollar |
| 3. Preis . . . . . | 15 Dollar |
| 4. Preis . . . . . | 10 Dollar |

Außerdem 50 Trostpreise zu je 100 000 Mark

Die Beträge sind bei der Disconto-Gesellschaft, Frankfurt a. M., hinterlegt.  
Die Veröffentlichung der Preisträger erfolgt im Juni 1923 in der „Berl. Illustr. Ztg.“.

### Preisrichter:

- |   |   |
|---|---|
| 1. Schriftsteller Fedor von Zobellik, Berlin                    | 3. J. K. Delavilla, Maler u. Graphiker, Frankfurt a. M. |
| 2. Prof. J. B. Eissarz, Städt. Kunstgewerbeschule Frankf. a. M. | 4. K. Suballe, Propaganda-Chef im Ullsteinhaus, Berlin  |
| 5. Aus dem Direktorium der Galenus-Werke: Bernhard Franz        |   |

**GALENUS CHEMISCHE INDUSTRIE FRANKFURT A. M.**



